

Rechtsextremismusforschung reloaded – neue Erkenntnisse, neue Forschungsfelder und alte Forschungsdesiderate

Right-Wing Extremism Research Reloaded: New Insights, New Research Topics and Old Research Goals

Radical and extremist right-wing politics are a phenomenon of modernity, and can be understood as a countermovement within the historical process of democratisation. European countries have seen a strengthening of movements and organizations situated in the radical and extremist right. Those movements have already threaten the consolidation of democracies in the transforming societies and represent an autocratic reverse wave to democratisation processes. They represent a real test of each political society's democratic qualities. The article will introduce the latest insights and topics in recent German-language research, while also considering the potential threat to democracy. Here, the analysis will highlight the key role played by the "secular religion" of neoliberalism.

Die Rechtsextremismusforschung unterliegt in Deutschland hinsichtlich ihrer Institutionalisierung und Forschungsförderung konjunkturellen Schwankungen. Sie ist davon abhängig, ob Ereignisse besondere öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Seit dem 4. November 2011, also seit dem Zeitpunkt als sich der sogenannte „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) selbst enttarnte, ist die Rechtsextremismusforschung erneut *reloaded* und in eine Phase der Hochkonjunktur eingetreten, die fort dauert. Dieser Trend wird weiter verstärkt durch Großdemonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) in Dresden, den Wandel der einst marktradikalen „Alternative für Deutschland“ (AfD) zu einer radikal rechten Partei mit beachtlichen Wahlerfolgen sowie eine drastische Zunahme an Gewalt gegenüber Asylsuchenden.

Wie sich diese konjunkturellen Schwankungen auf die Breite der Forschung und die Publikationstätigkeit auswirken, haben Wolfgang Frindte, Daniel Geschke, Nicole Haußbecker und Franziska Schmidtke in einem umfangreichen und systematischen Überblick für die Zeitspanne von 1990 bis 2013 sehr gut und erkenntnisgewinnend aufgearbeitet. So hat gegen Ende der 1990er Jahre und im ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre die Publikationsdichte nicht nur abgenommen, sondern die veröffentlichten Beiträge und die Forschung konzentrierte sich zunehmend auf Befunde etwa aus dem Survey zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Insbesondere sozialpsychologische und politikwissenschaftliche Erkenntniszugewinne zum Gesamtkomplex des Rechtsextremismus waren vergleichsweise wenig vertreten.¹

1 Frindte, Wolfgang u. a. (Hrsg.): Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013, in: dies. (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatte, Befunde und Bilanzen, Springer VS, Wiesbaden 2016, S. 25–96. Solchen konjunkturellen Schwankungen ist aber nicht allein die Forschung in Deutschland unterworfen. So beklagt auch Bernhard Weidinger in dem Sammelband „Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen“, der von der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Wien) herausgegeben wurde, die fehlende dauerhafte Institutionalisierung in Österreich. Auch hier hat der „Fall NSU“ erst wieder zu erneuter Hochkonjunktur geführt. Vgl. hierzu Weidinger, Bernhard: Rechtsextremismusforschung in Österreich. Personen, Institutionen, Zugänge und Defizite, in: Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Wien) (Hrsg.): Rechtsextremismus, Bd. 1: Entwicklungen und Analysen, Mandelbaum, Wien 2014, S. 18–39, hier S. 22ff.

Mag die Institutionalisierung der Rechtsextremismusforschung konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt sein, so gilt dies nicht für ihren Gegenstand. Rechtsextremismus ist ein strukturelles Problem. Er kann als eine den historischen Prozessen der Demokratisierung, der Liberalisierung und der Herausbildung von Individualismus und universellen Menschenrechten immanente Gegenbewegung verstanden werden. Zudem handelt es sich um ein Phänomen der Moderne, welches in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts in Europa demokratische Transformationsprozesse gefährdete und sich schließlich in verschiedenen Varianten eines europäischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus fand. Rechtsextremismus als eine so verstandene Gegenbewegung ist in ihren Ideologien zwar antimodern, aber dennoch in den jeweils historischen Situationen erneuerungs- und anpassungsfähig. Und sie hat – um es mit dem Historiker Eric J. Hobsbawm zu formulieren – im „Zeitalter der Katastrophen“² zwischen 1914 und 1945 Institutionen der Moderne in politischen Gesellschaften, wie etwa in Deutschland, zum Durchbruch verholfen. Zu diesen Institutionen gehören etwa die systematische kapitalistische Produktion von Gütern und der Nationalstaat.³ An dieses Zeitalter konnte dann von 1945 bis in die 1970er Jahre zumindest in Westeuropa wie auch in anderen OECD-Staaten das „Goldene Zeitalter“ (Hobsbawm) des modernen Territorialstaats beziehungsweise des demokratischen Rechts- und Interventionsstaats anknüpfen.⁴

Diese Epoche scheint beendet. Die Frage nach der Rolle des Rechtsextremismus in der heutigen politischen Situation in Europa bedarf erneuter Klärung. In der Gesamtschau wissenschaftlicher Beiträge, die in der Zeit zwischen Ende 2014 und Anfang 2016 erschienen sind, lässt sich nicht klar ablesen, welches Gefährdungspotenzial vom Rechtsextremismus als Gegenbewegung zu Demokratie und Prozessen der Demokratisierung in der aktuellen historischen Situation ausgeht. Allein Sammelbände, die einen direkten oder indirekten Vergleich der radikalen oder extrem rechten Bewegungen und Parteien in Europa ermöglichen, verweisen darauf, dass insbesondere in Ost-, Mittelost und Südosteuropa eine autokratische Gegenwelle zur demokratischen Transformation zu beobachten ist. Das betrifft in erster Linie Ungarn und die Ukraine, aber auch Balkanstaaten wie Rumänien und Bulgarien. In Polen ist die Situation noch ungeklärt. Es wäre danach zu fragen, ob sich Transformationsgesellschaften in dieser Region in einer historisch vergleichbaren Situation zu vielen politischen Gesellschaften der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts befinden und ein Zusammenbruch von jungen Demokratien nicht auszuschließen beziehungsweise bereits eingeleitet ist, bei dem antidemokratische Bewegungen und Organisationen eine zentrale Rolle übernehmen. Sie können politische Macht- und Herrschaftsansprüche erheben und auch durchsetzen.

Wie sieht es aber in vermeintlich konsolidierten westeuropäischen Demokratien aus? Kann auch hier eine un- oder antidemokratische Gegenbewegung ausgemacht werden, die in der Lage wäre Demokratien zu destabilisieren, umzuformen oder gar zusammenbrechen zu lassen? Diese Frage ist auf dem Stand der aktuellen deutschsprachigen Forschung nicht zu klären. Sie ist nicht expliziter Gegenstand. Selbst wenn sie es wäre, wäre sie nur schwer zu beantworten. Denn bislang gibt es keine historischen Erfahrungen damit, wie viel Gegenbewegung eine etablierte Demokratie aushalten kann und ab wann es warum gefährlich wird,

2 Hobsbawm, Eric J.: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, dtv, München 21999.

3 Giddens, Anthony: Konsequenzen der Moderne, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1995, S. 214.

4 Leibfried, Stephan/Zürn, Michael: 1. Von der nationalen zur post-nationalen Konstellation, in: dies. (Hrsg.): Transformation des Staates?, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2006, S. 19–65, hier S. 23–42.

auch wenn vereinzelt auf politisch-kulturellen Kontextbedingungen und politischen Entscheidungen vor allem in Krisensituationen hingewiesen wird.⁵

Solche Kontextbedingungen sind mittlerweile zunehmend in den Fokus der Rechtsextremismusforschung gerückt. So betten neuere Untersuchungen etwa extrem rechte Erscheinungsformen in lokale politische Kulturen und öffentliche Debatten ein. Auch wird erstmals systematisch danach gefragt, wie Politik und vor allem Sicherheitsbehörden mit dem Phänomen Rechtsextremismus umgehen und wie dieser Umgang es befördern konnte, dass Rechtsterrorismus, wie durch den NSU und sein Unterstützungsumfeld, weitgehend unbeachtet blieb und unter Umständen auch weiterhin in seiner Tragweite unterbelichtet bleibt.

Im Nachfolgenden sollen nun die aktuellen Beiträge aus der Rechtsextremismusforschung unter fünf thematischen Schwerpunkten diskutiert werden. Zunächst wird (1) ganz grundlegend die Debatte aufgegriffen, mit welchen Phänomenen wir es in der Forschung zu tun haben und wie diese begrifflich zu fassen sind. Hieran anschließend werden Erkenntnisse (2) zum politisch-kulturellen Kontextbedingungen von Rechtsextremismus und (3) zu den Opportunitätsstrukturen von Rechtsterrorismus („NSU-Komplex“) vorgestellt und die kritische Frage nach dem demokratischen Gegengewicht zu diesen Erscheinungsformen gestellt. Mit Sammelbänden zu radikal rechten Bewegungen und Parteien in europäischen Gesellschaften wird (4) der Blick über die deutschen Grenzen erweitert und thematisiert, wie sich die Gegenbewegung zur Demokratie strukturiert. Hier werden Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zwischen West- und Osteuropa deutlich – auch, was die akuten Gefährdungspotenziale für die Demokratien angeht. Zum Schluss wird die Rechtsextremismusforschung noch einmal im Ganzen in den Fokus genommen und danach gefragt, (5) welche Erklärungskraft sie bislang entwickeln konnte und (6) wo Forschungsbedarfe noch unbearbeitet oder auf dem Stand der gegenwärtigen Forschung neu zu formulieren sind.

1. Weltanschauliche Gegenbewegung zu Demokratie und Prozessen der Demokratisierung: Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus – eine Debatte um Phänomene

Unstrittig ist, dass Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus keine trennscharfen begrifflichen Abgrenzungen erlauben, da die Übergänge zwischen den Phänomenen fließend sind. Dennoch wird gegenwärtig wieder intensiver über eine definitorische Klärung diskutiert. Eine solche Klärung ist wichtig, denn an dieser entscheidet sich, ob Bewegungen, Parteien und andere Organisationen als weltanschauliche Gegenbewegung zu Demokratie und Prozessen der Demokratisierung in der gegenwärtigen historischen Situation

5 Hierauf verweist die sogenannte Zwischenkriegsstudie, die von Dirk Berg-Schlosser und Jeremy Mitchell geleitet wurde. In dieser Studie wurde in einem Vergleich von 19 europäischen Staaten danach gefragt, wieso in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts in Europa in einigen Fällen Demokratien zusammenbrachen und in anderen nicht. Ein zentraler Befund ist, dass es nicht die Weltwirtschaftskrise der damaligen Zeit war, die Demokratien destabilisierte, sondern die Ursachen etwa im politischen Umgang mit Krise und in der politische Kultur zu suchen sind. Hierzu u. a. Saalfeld, Thomas: *The Impact of the World Economic Crises and Political Reaction*, in: Berg-Schlosser, Dirk/Mitchell, Jeremy (Hrsg.): *Authoritarianism and Democracy in Europe, 1919–39. Comparative Analyses*, Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2002, S. 208–232. Vgl. zur Geschichte der extremen Rechten in Europa auch Mareš, Miroslav: *Die extreme Rechte in Europa. Strukturen, Ideologien, Strategien*, in: Decker, Frank/Henningsen, Bernd/Jakobsen, Kjetil (Hrsg.): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Nomos, Baden-Baden 2015, S. 47–58.

analytisch einzuordnen sind, also ob Bewegungen, Parteien und andere Organisationen einen Systemwechsel anstreben oder ob sie sich noch im Rahmen demokratischer Spielregeln positionieren.

Die deutschsprachige Forschung dürfte mittlerweile darin übereinstimmen, Rechtsextremismus als Oberbegriff für Bewegungen und Organisationen zu verwenden, die sich einer Ideologie der natürlichen Ungleichheit mit der Ungleichwertigkeit von Menschen, des Autoritarismus und der Akzeptanz von Gewalt als politisches Mittel verschreiben. „Die große Stärke des Rechtsextremismusbegriffes“ – so Samuel Salzborn – „dürfte darin bestehen, dass er Integrationspotenzial hat, um analytisch politische Strömungen von gewalttätigen Neonazis bis hin zu völkischen Gruppierungen wie den Vertriebenenverbänden zu erfassen, ohne dabei deren Unterschiede und Differenzen nivellieren zu müssen“⁶.

Strittig in der Begriffsdebatte ist allerdings der Begriff des Rechtspopulismus. Frank Decker sieht das Problem des Begriffs des Rechtspopulismus darin, „dass er nicht nur eine wissenschaftliche Analysekategorie darstellt, sondern zugleich als wertgeladener Kampfbegriff in der politischen Auseinandersetzung erhalten muss“⁷. Er möchte den Begriff dennoch für die Wissenschaft bewahren, da er eine besondere Variante von rechten Parteien kennzeichnet. Diese präsentieren sich als Anti-Establishment-Parteien, üben „Systemkritik“, fordern direktdemokratische Teilhabemöglichkeiten gegen „das System“ und setzen bei sozio-kulturellen Wertekonflikten an. Relevant für die Einordnung als populistisch ist nach Decker, dass der Populismus ein Scharnier zwischen Ideologemen bildet, die zunächst als nicht miteinander vereinbar gelten: Es werden wirtschaftsliberale und konservative Positionen in einem nationalen „Besitzstands- oder Wettbewerbspopulismus“ miteinander verknüpft (S. 113). So beobachtet Decker etwa bei der AfD, dass sie „sowohl an christlich-konservative als auch ordoliberalen Ordnungsvorstellungen“ (S. 114) anschließt. Populismus kann hiernach in seiner Scharnierfunktion als politische Strategie begriffen werden, vermeintlich gegensätzliches zusammenzuführen.

Während bei Decker Rechtspopulismus als ein Phänomen verstanden werden kann, das sich noch innerhalb des liberal-demokratischen Referenzrahmens bewegt, also als eher un- denn anti-demokratisch einzuordnen wäre, greift die Definition von Beate Küpper, Andreas Zick und Daniela Krause in ihrem Buch zu PEGIDA und Rechtspopulismus in Deutschland weiter aus. Sie benennen fünf Elemente rechtspopulistischer Einstellungssyndrome: die (1) Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) als zentrales Element, an das sich (2) Demokratiemisstrauen und Anti-Establishment-Orientierungen, (3) Nationalismus und eine Anti-EU-Haltung, (4) *law-and-order*-Vorstellungen und Autoritarismus sowie (5) Wut, Hass und Gewalt anschließen.⁸ Folgt man dieser Definition, wäre Rechtspopulismus mit seinen antidemokratischen und gewaltbereiten Momenten eine Spielart des Rechtsextremismus. So meint Samuel Salzborn in seinem Handbuch zur Thematik, dass es „kein Beispiel [gibt], das zeigen könnte, dass der Rechtspopulismus mehr ist, als nur eine strategische Option des Rechtsextremismus, so dass es sich um einen Begriff handelt, der als Oberbegriff für eine inhaltliche Analyse letztlich nicht taugt“⁹.

6 Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus, Nomos, Baden-Baden 2015, S. 19.

7 Decker, Frank: Die Veränderungen der Parteienlandschaft durch das Aufkommen der AfD – ein dauerhaftes Phänomen, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Dietz Nachf., Bonn 2015, S. 109–123, hier S. 113.

8 Küpper, Beate/Zick, Andreas/Krause, Daniela: PEGIDA in den Köpfen – Wie rechtspopulistisch ist Deutschland?, in: Zick/Küpper: Wut (wie Anm. 7), S. 21–43, hier S. 26f.

9 Salzborn: Rechtsextremismus (wie Anm. 6), S. 18.

Das Ringen um die Begriffe ist ein Merkmal bundesdeutscher Forschung. Dominierte bis in die 1960er und 1970er Jahre noch der Begriff des Rechtsradikalismus, um sich mit anti-egalitären und anti-demokratischen Parteien und anderen Organisationen auseinanderzusetzen, so wurde Mitte der 1970er Jahre durch die Verfassungsschutzämter eine Abgrenzung vorgenommen und der Begriff des Rechtsextremismus als eine „bürokratischen Wirklichkeitsdefinition“ (Ulrich Beck) eingeführt (S. 16f.) und fand so Eingang in die Forschung. Trotz vielfältiger Versuche, sich in der Forschung von dieser bürokratischen Wirklichkeitsdefinition und Ideologieproduktion abzugrenzen, bleibt die Frage, ob mit dem Begriff des Rechtsextremismus, Phänomene zu identifizieren sind, wie sie Decker beschreibt. In der internationalen oder international vergleichenden Forschung findet überwiegend die Bezeichnung „radikal rechts“ Anwendung, welche die programmatischen Inhalte aufnimmt, die Decker oder auch Klaus von Beyme als rechtspopulistisch einordnen.¹⁰ Hierzu Michael Minkenberg:

„On the programmatic level, right-wing radicalism is defined as a political ideology, the core element of which is a myth of a homogenous nation, a romantic and populist ultranationalism which challenges the concept and reality of liberal and pluralistic democracy and its underlying principles of individualism and universalism. In other words: the radical right radicalizes inclusionary and exclusionary criteria of a primary ‚we group‘, typically ‚the nation‘. While this definition does not include an explicitly anti-democratic stance, such as the fascist view of the desired political order, it places the radical right at the margin of the political spectrum in liberal democracies.“¹¹

Diese Definition spricht ideologische Grundmuster von Bewegungen und Organisationen an, die sich eben nicht außerhalb des politischen Spektrums von liberalen Demokratien bewegen, wie es der Begriff des Rechtsextremismus suggeriert, sondern innerhalb dessen. Damit stellt sie eine Verbindung zu der These von Seymour Martin Lipset vom „extremism of the center“¹² her. Die analytische Kraft, die in einer definitorischen Differenzierung zwischen extrem rechts und radikal rechts zu finden ist, liegt darin, dass eine Gegenbewegung zu Demokratie und Prozessen der Demokratisierung nicht zwingend nur dann zu einer Gefahr für die Demokratie wird, wenn sie dezidiert anti-demokratisch ist, sondern unter Umständen genau dann, wenn sie sich der Institutionen der Demokratie bedient, diese aber in der Konsequenz zu entleeren sucht und ihrem Wesen berauben will, und zwar politische Herrschaft kritisch hinterfragen und kontrollieren zu können. Ein solches Bestreben transformiert ein politisches System nicht zwingend in eine Autokratie, nimmt ihm jedoch den demokratischen Gehalt. Eine Fortführung dieses Gedankengangs hilft eine Forschungsdebatte in der politischen Theorie und Ideengeschichte wiederzubeleben, die seit den 1980er/1990er Jahren versiegt ist: die ideologiekritische Auseinandersetzung mit der weltanschaulichen Spannbreite des Konservatismus, also zwischen Rechts- oder Nationalkonservatismus und sogenanntem demokratischen Konservatismus. Allgemein kann Konservatismus mit der Historikerin Helga Grebing als historisches Phänomen der bürgerlichen Gesellschaft und als politische Bestrebungen begriffen werden,

„die zur Erhaltung ökonomischer, sozialer und politischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse oder zur Rückeroberung bereits verlorener sich wenden gegen die Dynamik des Prozesses der Emanzipation bisher Unterprivilegierter zur

10 Beyme, Klaus von: Transforming Transformation Theory, in: Minkenberg, Michael (Hrsg.): Transforming the Transformation? The East European Radical Right in the Political Process, Routledge, London/New York 2015, S. 13–26, hier S. 16f.

11 Minkenberg, Michael: Profiles, Patterns, Process. Studying the East European Radical Right in its Political Environment, in: ders.: Transformation (wie Anm. 10), S. 27–56, hier S. 28.

12 Lipset, Seymour Martin: Political Man, Doubleday, Garden City, NY 1960.

Selbstbestimmung und Selbstherrschaft: In diesem allgemeinen Sinne ist dann der Konservatismus zu definieren als die dem historischen Prozeß der Demokratisierung immanenten Gegenbewegung.¹³

Dabei ist der Konservatismus aber nicht per se anti-demokratisch. Insbesondere Wolfgang Gessenharter hat immer wieder auf die – wie er es bezeichnet – Scharnierfunktion einer intellektuellen radikalen Rechten wie der sogenannten „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik und der „Nouvelle Droite“ in Frankreich zwischen der extremen Rechten und dem Konservatismus hingewiesen.¹⁴ Vor allem im Neokonservatismus, wie er sich etwa in Deutschland seit Ende der 1970er und Anfang der 1980er entwickelte, finden sich vergleichbare Mechanismen, wie sie Decker für den Rechtspopulismus seit Ende der 1970er Jahre in westeuropäischen Ländern diagnostiziert: Hier wurde und wird versucht, ordoliberaler Gesellschaftsvorstellungen mit soziokultureller Sinnstiftung über ein organisches Verständnis von „Nation“ und „Volk“ zu verknüpfen. Diese Sinnstiftung über konservative Konzeptionen von Gesellschaft und Nation dient dazu, wirtschaftsliberale Ziele kulturell zu rahmen und hegemonial werden zu lassen.¹⁵ Die Definition von Minkenberg legt die Anschlussmöglichkeiten einer radikalen Rechten an den Neokonservatismus beziehungsweise technokratischen Konservatismus offen – und umgekehrt. Wie der Neokonservatismus und die radikale Rechte ist Neoliberalismus ebenfalls auf Tradition angewiesen, wenn er die eigene Legitimität und – im Bereich des Nationalen, der Religion, der Geschlechterrollen sowie der Familie – sein Verhältnis zum Konservatismus nicht aufs Spiel setzen will.¹⁶

Zusammenfassend heißt das, dass (neo-)konservatives, radikal rechtes und extrem rechtes Denken ideengeschichtlich ein organisches Verständnis von Gesellschaft und Nation eint. Hierüber werden Zugehörigkeit, Ausschluss und Abgrenzung definiert. Nach innen werden soziale und geschlechtliche Ungleichheitsverhältnisse als natürliche Ungleichheitsverhältnisse verstanden, die den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern einen Platz im „Organismus“ der Gesellschaft zuweisen. In der Frage der Ungleichwertigkeit von Menschen gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Sie kann entweder mit einer Vorstellung von einer „Gleichheit in der Differenz“ zurückgewiesen werden, über ein ökonomistisches Menschenbild (Menschen mit unterschiedlich ausgestattetem „Humankapital“ für die Gesellschaft, Kosten-Nutzenlogik) legitimiert oder biologistisch begründet werden. Auch in politischen Ordnungsvorstellungen unterscheiden sich diese Denkrichtungen: Sie bewegen sich zwischen der Akzeptanz demokratischer Verfahren im Sinn einer „Demokratie als Methode“ (Joseph A. Schumpeter), über die politische Herrschaft etwa als Expertenherrschaft Legitimation erfährt bis hin zu Varianten einer autokratischen Herrschaft etwa durch eine natürliche Elite. Auch das Verhältnis zum Kapitalismus

13 Grebing, Helga: Positionen des Konservatismus in der Bundesrepublik, in: dies./Greiffenhagen, Martin/Krockow, Christian Graf von (Hrsg.): *Konservatismus – eine deutsche Bilanz*, Piper, München/Zürich 1971, S. 33–66, hier S. 33.

14 Gessenharter, Wolfgang: Neue radikale Rechte, intellektuelle Neue Rechte und Rechtsextremismus. Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes, in: ders./Fröchling, Helmut (Hrsg.): *Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?*, Leske + Budrich, Opladen 1998, S. 25–66. Gessenharter, Wolfgang: *Im Spannungsfeld. Intellektuelle Neue Rechte und demokratische Verfassung*, in: ders./Pfeiffer, Thomas (Hrsg.): *Die Neue Rechte – Gefahr für die Demokratie*, Springer VS, Wiesbaden 2004, S. 31–49.

15 Saage, Richard: Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik, in: Fetscher, Iring (Hrsg.): *Neokonservative und „Neue Rechte“*. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik, Beck, München 1983, S. 66–116. Vgl. hierzu auch die österreichische Diskussion bei Weidinger, Bernhard: *Zwischen Kritik und konservativer Agenda. Eine Verteidigung des Rechtsextremismusbegriffs gegen seine Proponent*innen*, in: Forschungsgruppe (Wien): *Rechtsextremismus* (wie Anm. 1), S. 69–87.

16 Giddens, Anthony: *Jenseits von Links und Rechts*, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1997, S. 29.

variiert: Innerhalb dieses Spektrums existieren Vorstellungen von einer sozial abgefederten oder einer neoliberalen marktwirtschaftlichen Ordnung oder von zu einem sogenannten Volkskapitalismus oder „nationalem Sozialismus“ nach Lesart der NPD.¹⁷

2. Politisch-kulturelle Kontexte wider die Demokratie in Deutschland

Auf die analytische Bedeutung einer begrifflichen oder besser: kategorialen Differenzierung weisen die Ergebnisse der „Mitte-Studien“ im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hin. In diesen „Mitte-Studien“ wird seit 2002 im zweijährigen Turnus das extrem rechte Einstellungspotenzial in der bundesdeutschen Bevölkerung gemessen. Hiernach überschreitet dieses Potenzial im zeitlichen Längsschnittvergleich bundesweit nie die 10 Prozent-Hürde. Nach der letztvorliegenden „Mitte-Studie“ von 2014¹⁸ ist das extrem rechte Potenzial sogar regelrecht weggebrochen und mit 2,4 Prozent auf das niedrigste bisher gemessene Niveau gesunken. Die Einbrüche waren insbesondere bei der sogenannten Ausländerfeindlichkeit, beim Chauvinismus und Antisemitismus zu verzeichnen.¹⁹ Ob sich dieser Befund in der Befragung für 2016 wiederholen wird oder wieder ein Anstieg zur Kenntnis genommen werden muss, wird sich zeigen. Dennoch heißt das im Umkehrschluss, dass 90 bis über 97 Prozent der Bevölkerung im Untersuchungszeitraum nicht extrem rechts eingestellt waren. Kann mit diesem Befund davon ausgegangen werden, dass die politische Kultur durch demokratische Einstellungen grundiert und die Demokratie als Herrschaftsform nicht gefährdet werden kann?

Die „Mitte-Studie“ von 2014 sowie die vertiefte Analyse der Daten und Interpretation der Befunde in einem Sammelband, der von Andreas Zick und Beate Küpper herausgegeben wurde²⁰, verweisen auf Risiken, die im engeren Sinn nicht von der extremen Rechten ausgehen: Sie zeigen sich vielmehr in Ausprägungen von GMF, eines „marktförmigen Extremismus“ und in einem ambivalenten bis misstrauischen Verhältnis zur Praxis der Demokratie.²¹ So geht Feindlichkeit insbesondere gegenüber Langzeitarbeitslosen, Asylsuchenden und Funktionseliten (Vorwurf der „Etabliertenvorrechte“) mit „einer unternehmerischen Selbstoptimierungsnorm („sei erfolgreich“) und scharfer Wettbewerbsideologien“ einher.²² Über marktradikales Denken wird eine Ungleichwertigkeit von Menschen begründet. Ein solches Denken wird von 11 bis 18 Prozent der Befragten vertreten, die nach „ökonomistischen

17 In diesem Zusammenhang soll noch auf eine sehr gute, auch gut verständliche Einführung in die wissenschaftlichen Begrifflichkeiten hingewiesen werden: das von Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann und Fabian Virchow herausgegebene „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe“. Es bietet vor allem für die ideologiekritische Auseinandersetzung mit Kampfbegriffen der extremen Rechten eine gute Grundlage. Vgl. Gießelmann, Bente u. a. (Hrsg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Wochenschau, Schwalbach/Ts. 2016.

18 Zick, Andreas/Klein, Anna (Hrsg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Dietz Nachf., Bonn 2014.

19 Zick, Andreas/Klein, Anna: Kapitel 3: Rechtsextreme Einstellungen in einer fragilen Mitte, in: dies.: Mitte (wie Anm. 18), S. 32–60, hier S. 44ff.

20 Zick/Küpper: Wut (wie Anm. 7).

21 Die Mitte-Studie wird seit 2014 vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) durchgeführt. Das IKG hat in diese Erhebung das Analysemodell des Surveys „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ integriert, das 2012 nach zehnjähriger Laufzeit beendet wurde. Gleichfalls wurden aus diesem Survey die Erhebungen zum „marktförmigen Extremismus“ und zum Verhältnis zur Demokratie übernommen.

22 Hövermann, Andreas/Groß, Eva/Zick, Andreas: „Sozialschmarotzer“ – der marktförmige Extremismus der Rechtspopulisten, in: Zick/Küpper: Wut (wie Anm. 7), S. 95–108, hier S. 97.

Werthaltungen“ Menschen eine gesellschaftliche „Nützlichkeit“ absprechen (S. 99). Insgesamt stimmen fast 88 Prozent der Befragten einer der drei Facetten des marktförmigen Extremismus leicht bis stark zu: also der genannten „ökonomistischen Werthaltung“, einem „unternehmerischen Universalismus“ sowie einer „Wettbewerbsideologie“ (S. 100). Die hervorstechende Zustimmung zu Varianten der GMF und des marktförmigen Extremismus findet sich eher bei Jüngeren und unter Frauen sowie eher bei den Befragten, die sich entweder einer unteren sozialen Schicht oder einer oberen sozialen Schicht zuordnen. GMF korreliert des Weiteren mit Demokratiekritik und dies insbesondere, wenn der politischen Elite unterstellt wird, sie missachte Demokratie, da sie sich zu viel Rechte herausnehme („Demokratiemissachtung“) oder wenn die Funktionsfähigkeit dieser Herrschaftsform infrage gestellt wird („Demokratiezweifel“)²³: Rund 53 Prozent derer, die die Demokratie durch die politische Elite missachtet sehen, hegen Feindlichkeit gegenüber Langzeitarbeitslosen und mehr als 47 Prozent gegenüber Asylsuchenden. Bei denen, die grundlegende Zweifel an der Demokratie haben, sind es wiederum 51 beziehungsweise 46 Prozent. Die Zusammenhänge sind statistisch hoch signifikant (S. 93).

In diesen Einstellungen findet sich auch das Mobilisierungspotenzial für AfD und PEGIDA, deren Anhängerinnen und Anhänger in der „Mitte-Studie“ als „Rechtspopulisten“ bezeichnet werden.²⁴ Ob es sich dabei jedoch um ein nachhaltiges Mobilisierungspotenzial für die Partei und die lokale Bewegung in Dresden handelt, ist noch nicht auszumachen. Die Wahrscheinlichkeit ist relativ groß, dass beide Phänomene – wie vergleichbare in der Vergangenheit – mittelfristig an Bedeutung in der Öffentlichkeit verlieren werden. Der Grund könnte nach Decker darin liegen, dass nach der Abspaltung des sogenannten Lucke-Flügels zwar einerseits die AfD „ideologisch homogener [wird], was die Intensität der Richtungsstreitigkeiten vermindern und zu einer besseren, weil geschlosseneren Außendarstellung beitragen könnte. Andererseits dürfte der Rechtsruck ihre Sogwirkung im rechtsextremen Lager und damit die Gefahr einer Unterwanderung weiter erhöhen“²⁵. Damit käme die AfD gleichfalls in den Sog der gesellschaftlichen Stigmatisierung des Rechtsextremismus in Deutschland und würde sich hierdurch selbst marginalisieren (S. 121). Ein ähnliches Schicksal könnte PEGIDA ereilen.²⁶ Wo auch immer die Zukunft von AfD und PEGIDA liegen wird, das Einstellungspotenzial bleibt weiter erhalten. Es prägt die politische Kultur durch GMF, die zwar nicht mehr vorrangig biologistisch rassistisch, sondern eher sozialrassistisch geprägt ist. Hier verbinden sich Elemente eines marktförmigen Extremismus mit zum Teil massiver Demokratiekritik. Diese radikal rechten Einstellungen „modernisierter“ Provenienz beeinflussen die

23 Demokratiekritik wird in der Mitte-Studie 2014 durch fünf Items abgedeckt, von denen jeweils ein Item Demokratiemissachtung und Demokratiezweifel messen soll und eine volle Zustimmung von 45 Prozent bzw. 35,5 Prozent erhalten hat. Hierzu: Klein, Anna: Kapitel 5: Mitten in einer entleerten Demokratie, in: Zick/Klein: Mitte (wie Anm. 18), S. 85–101, hier S. 89.

24 Hövermann/Groß/Zick: „Sozialschmarotzer“ (wie Anm. 22), S. 97; Klein, Anna/Groß, Eva/Zick, Andreas: Kapitel 4: Menschenfeindliche Zustände, in: Zick/Klein: Mitte (wie Anm. 18), S. 61–84; Groß, Eva/Hövermann, Andreas: Kapitel 6: Marktförmiger Extremismus – ein Phänomen der Mitte?, in: Zick/Klein: Mitte (wie Anm. 18), S. 102–118; Küpper, Beate/Zick, Andreas/Krause, Daniela: PEGIDA in den Köpfen – Wie rechtspopulistisch ist Deutschland?, in: Zick/Küpper: Wut (wie Anm. 7), S. 21–43.

25 Decker, Frank: Die Veränderungen der Parteienlandschaft (wie Anm. 7), S. 121.

26 Vgl. weiterhin die Beiträge hierzu von Häusler, Alexander/Roeser, Rainer: Zwischen Euro-Kritik und rechtem Populismus. Merkmale und Dynamik des Rechtsrucks in der AfD, in: Zick/Küpper: Wut (wie Anm. 7), S. 124–145; Botsch, Gideon/Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander: Wie agiert die „Alternative für Deutschland“ vor Ort? Fallbeispiel Brandenburg, in: Zick/Küpper: Wut (wie Anm. 7), S. 146–166; Sundermeyer, Olaf: PEGIDA und die Radikalisierung von rechts – Beobachtungen einer menschenfeindlichen Bewegung, in: Zick/Küpper: Wut (wie Anm. 7), S. 167–177.

politische Kultur in einem wesentlich größeren Umfang, als es extrem rechte Einstellungen tun könnten.

Mag ein offenes Bekenntnis zu extrem rechten Bewegungen, Freien Kameradschaften, Parteien und anderen Organisationen aufgrund der Geschichte des „Nationalsozialismus“ nicht opportun sein, so zeigen aktuelle Studien zur Rechtsextremismus-Debatte, zu lokalen Kontexten von extrem rechten Zusammenhängen und zum Umgang von Politik und Sicherheitsbehörden mit Rechtsterrorismus jedoch, dass es in der politischen Kultur an Sensibilität gegenüber anti-egalitären, anti-demokratischen und gewaltvollen Erscheinungsformen fehlt und darüber hinaus Affinitäten zu diesen existieren. Es mangelt zum Teil an einer demokratischen politischen Kultur, die sich gegen die extreme Rechte wenden könnte. Auch wenn eine solche Kultur etwa auf lokaler Ebene vorhanden ist, wird sie von öffentlicher Seite oft nicht hinreichend unterstützt oder zum Teil blockiert.

In der Auseinandersetzung mit den aktuellen Studien wird hier unter politischer Kultur mit Gunnar Folke Schuppert der Deutungs- und Handlungsrahmen einer politischen Gesellschaft verstanden, in dem die Theorien, Diskurse und Einstellungen zur Demokratie zu finden sind und sich politische und soziale Akteurinnen und Akteure bewegen. In diesem Deutungs- und Handlungsrahmen spiegeln sich die historisch-politischen und polit-ökonomischen Kontextbedingungen sowie Konfliktstrukturen einer Gesellschaft und deren entwickelte Praxis, soziale Konflikte zu bearbeiten. Schuppert bezeichnet dies als die *un-geschriebene Verfassung* einer Gesellschaft – diese erschöpft sich also nicht allein in Einstellungen zur Demokratie, sondern spricht gleichfalls Handlungsdispositionen sowie deren historisch-politische Einbettung an.²⁷

Britta Schellenberg hat eine Studie vorgelegt, in der sie die öffentliche Debatte zu Rechtsextremismus an einem Fallbeispiel rekonstruiert. Dabei handelt es sich um den „Fall Mügeln“ aus dem Jahr 2007. In Mügeln, einer Kleinstadt in Sachsen, kam es im August des Jahres bei einem Altstadtfest zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen indischen und deutschen Besuchern. Acht Inder wurden daraufhin durch die Altstadt gejagt und verschanzten sich in einer Pizzeria. Vor dieser bildete sich eine Menschenmenge, die nach Pressemeldungen rassistische Sprüche skandierte und versuchte, in das Lokal einzudringen. Die Polizei kam erst zeitverzögert. Dieser Vorfall, der auch vom Amtsgericht Oschatz als pogromähnlich eingeschätzt wurde („Der Tagesspiegel“ vom 4. Dezember 2007), weist nach Schellenberg über diesen hinaus:

„Unabhängig von der tatsächlichen Ausgangslage des Falls zeigt sich seine Bedeutung darin, dass eine Debatte über Rechtsextremismus geführt wird. Die Argumentationsmuster in der Debatte lösen sich von dem spezifischen Ereignis und können Repräsentativität für die Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit insgesamt beanspruchen: Die verschiedenen Akteursgruppen greifen auf Argumentationsmuster, Frames und Strategievorschläge zurück, die sie bereits vorher in Äußerungen oder Dokumenten benutzt haben.“²⁸

Im Fokus der Untersuchung standen Sicherheitsbehörden, lokale, regionale und Bundespolitik, die radikale Rechte sowie Medien (S. 26). Zentral für die hier diskutierte Frage nach dem Gefährdungspotenzial für die Demokratie sind die Befunde zu den Reaktionen der damaligen CDU-geführten Staatsregierung in Sachsen (auch damals in einer Koalition mit der SPD).

27 Schuppert, Gunnar Folke: Politische Kultur, Nomos, Baden-Baden 2008.

28 Schellenberg, Britta: Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen, Springer VS, Wiesbaden 2014, S. 25f.; siehe auch dies.: Rechtsextremismus und Rassismus in Deutschland. Ein Kampf um Deutungshoheit und Normsetzung?, in: Decker/Henningsen/Jakobsen: Rechtspopulismus (wie Anm. 5), S. 279–298.

Nach Schellenberg werden die Normen des Grundgesetzes durch diese untergraben. Gemeint sind Menschenrechte, Demokratie und Gewaltenteilung:

„So bestätigt die Sächsische Staatsregierung nur oberflächlich gesehene Rechtsstaatlichkeit und bundesrepublikanischen [sic!] Normen: Sie pocht auf das Gewaltmonopol des Staates [...] und benutzt das Extremismus-Konzept [des Verfassungsschutzes, UB], um zwischen verfassungstreu und verfassungsfeindlich zu unterscheiden. Dabei dient ihr das Extremismus-Konzept dazu, unliebsame Akteure als Teilhabende am öffentlichen Diskurs zu diskreditieren [NPD, Linksextreme, im weiteren Sinn auch die Medien, die bezichtigt werden, schädlich für die Demokratie zu sein, UB] [...]. Anders als bei der lokalen Politik kommt es aber nicht zu einer auf den ersten Blick sichtbaren und allgemein wahrnehmbaren Dissoziation von Normvorstellungen – sondern vielmehr zu einer schleichenden Erosion bundesrepublikanischer Normvorstellungen“ (S. 285).

Fraglich ist jedoch, ob es in diesem Fall um eine Erosion von demokratischen Normvorstellungen im Sinn des Grundgesetzes geht oder diese bislang in der politischen Kultur nicht internalisiert gewesen sind – und dies nicht nur auf der Ebene des Bundeslandes. Denn auf der lokalen Ebene gab es die Tendenz, die Täter des Vorfalls „in die Wir-Gruppe“ zu integrieren, während die Opfer als „die Anderen“ konstruiert wurden. Die sächsische CDU plädierte wiederum für mehr Offenheit gegenüber der NPD und auch „die sächsische FPD geht auf Kooperationskurs mit ‚Rechts‘“ (S. 292f.).

Die bereits von Wolfgang Gessenharter angesprochene fehlende Kopplung von Aufklärung über und Einbindung der extremen Rechten wird bei der Rekonstruktion der Debatte um den „Fall Mügeln“ sehr deutlich. Gessenharter hat insbesondere immer wieder auf die Integrationskraft der CDU gegenüber dem rechten (Einstellungs-)Spektrum in das liberal-demokratische politische System verwiesen, aber gleichzeitig kritisiert, dass dies nicht mit einer Aufklärung über radikal oder extrem rechtes Denken einhergeht.²⁹

Einen anderen Ansatz zur Analyse der öffentlichen Debatten verfolgen Matthias Quent und Peter Schulz. Sie untersuchten wiederum mit einem Konzept der *public sociology* die politisch-kulturellen sowie sozioökonomischen Kontextbedingungen für den Aufstieg, Niedergang oder für das Fehlen von extrem rechter Gruppierungen in vier unterschiedlich strukturierten Kommunen in Thüringen: in den beiden Großstädten Jena und Erfurt, in der Mittelstadt Saalfeld sowie in der ländlich geprägten Gemeinde Kahla. Mit Jena und Saalfeld („Thüringer Heimatschutz“) sind zwei Kommunen vertreten, die zumindest in der Vergangenheit manifeste extrem rechte Strukturen aufwiesen.³⁰ Der *public sociology*-Ansatz adressiert außerakademische Zielgruppen:

„Demokratie Bewegungen der Zivilgesellschaft sind Partner, Experten und Adressaten einer öffentlichen Soziologie des Rechtsextremismus. Eine solche Forschungsstrategie intendiert neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn die Stärkung von demokratischer Zivilgesellschaft und will die Qualität der Analysen und der Reflexion ihrer Akteure verbessern [...]. Sie profitieren von empirisch fundierten Forschungen und tragen zugleich mit ihrer Expertise zu dieser bei. Forschenden fehlen häufig die Gegenstandsnähe sowie das lokale Wissen, über welches die praktisch agierenden Akteure verfügen“ (S. 19).

Zwei Befunde aus dem systematischen Vergleich der vier Lokalstudien sind besonders zentral für die hier diskutierte Frage nach der Demokratie. Sie sprechen (1) die Strukturierung der lokalen politischen Kultur (S. 273–280) und (2) die „Geländegewinne“ an, die hier als „Machtgewinne rechtsextremer Akteure gegenüber der Demokratie verstanden“ (S. 285) werden. Bei der Strukturierung der politischen Kultur begünstigen zum einen ein schwaches demokratisches Parteiensystem (Organisationsschwäche und niedrige Wahlbeteiligung) sowie schwache

29 Gessenharter: Rechte (wie Anm. 14).

30 Quent, Matthias/Schulz, Peter: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Springer VS, Wiesbaden 2015.

oder fehlende Interessenorganisationen wie Gewerkschaften Opportunitätsstrukturen für die extreme Rechte (S. 276). Zum anderen hängen diese davon ab, welche Formen des Engagements sich gegen rechts herausbilden können.

Quent und Schulz unterscheiden zwischen *subject political culture* und *participant political culture*. Eine *subject political culture* von Engagement meint ein Engagement „von unten“ und oftmals von einzelnen Akteurinnen und Akteuren. Sie erfahren zumeist keine Unterstützung „von oben“. Sie werden im lokalen Gemeinwesen als „Nestbeschmutzer“ betrachtet, die den Ort durch ihren öffentlichen Protest gegen rechts in Verruf bringen. Während diese Akteurinnen und Akteure mit ihrem Engagement marginalisiert werden, verbessert sich die Gelegenheitsstruktur für extrem rechte Gruppen. All dies korrespondiert mit einem schwach entwickelten demokratischen intermediären System auf lokaler Ebene. Geländegewinne extrem Rechter werden wiederum dort gehemmt oder zurückgedrängt, wo eine *participant political culture* von Engagement prägend ist, das „von oben“, also von Kommunalverwaltung und lokaler politischer Elite initiiert oder getragen wird (S. 279f.). Eine *participant political culture* ist deshalb so relevant, weil Engagement gegen rechts in allen untersuchten Kommunen nur von Minderheiten getragen wurde. Fehlt die Legitimation „von oben“, wie in einer *subject political culture*, wird ihnen – zugespitzt formuliert – die Legitimität ihres Handelns „von unten“ versagt. Geraten in diesem Kontext Aktive in das Fadenkreuz extrem rechter Gruppen und werden Opfer von Gewalt, dann kann es dazu führen, dass sie selbst für diesen Übergriff verantwortlich gemacht und als „Störenfriede“ bezeichnet werden (S. 292).

Die Geländegewinne extrem rechter Gruppen und damit mögliche Machtgewinne sind nach den Befunden der Studie nicht von der Präsenz oder Angebotsstruktur dieser Gruppen oder von Parteien vor Ort abhängig, sondern von der beschriebenen Strukturierung der politischen Kultur und von anderen soziokulturellen Faktoren: „Gemeinsam ist den Städten, dass Normalitätsgewinne bis zu einem bestimmten Grad in der Jugendkultur vorzufinden sind“ (S. 287). Normalitätsgewinne werden hier in Anlehnung an den Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer als Geländegewinne eingeordnet, die am Weitreichendsten sind. Von diesen wird gesprochen, „wenn es dem organisierten Rechtsextremismus gelingt, sich als akzeptierten politischen Akteur zu etablieren. Ist er normalisiert, wird er nicht mehr kritisch thematisiert und etwaige Verdrängungskämpfe gegen Feindgruppen, bspw. vermeintlich migrantische oder ausländische Menschen, werden stillschweigend akzeptiert“ (S. 28). Rechtsextremismus wird dann Normalismus und integraler Bestandteil im politischen Gemeinwesen vor Ort.

Die beiden Studien von Schellenberg sowie Quent/Schulz beschäftigen sich mit Fallbeispielen in Sachsen und Thüringen, also in Ostdeutschland. Soweit der Forschungsüberblick reicht, existieren vergleichbare (qualitative) Untersuchungen zu politisch-kulturellen Kontexten von Rechtsextremismus in Westdeutschland noch nicht. Sprechen nun diese Studien und ihre Befunde dafür, dass wir insbesondere in den Neuen Bundesländern eine politische Kultur vorfinden, die Gelegenheitsstrukturen für Machtgewinne extrem rechter Bewegungen, Organisationen und Positionen bereithält? Auch nachdem die Anschläge des NSU bekannt wurden, konzentrierte sich die öffentliche Debatte über Rechtsextremismus und -terrorismus vor allem auf Ostdeutschland. Ähnliches gilt für die Auseinandersetzung mit PEGIDA. In dem von Wolfgang Frindte, Daniel Geschke und Franziska Schmidtke herausgegebenen Sammelband zu „Rechtsextremismus und ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘“³¹ äußert sich Quent kritisch zu dieser Fokussierung:

31 Frindte, Wolfgang u. a. (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatte, Befunde und Bilanzen, Springer VS, Wiesbaden 2016

„Gesellschaftspolitisch ist dieser Diskurs hochproblematisch, weil die Betonung des *Sonderfalls* Ost die Abgrenzung gegenüber dem vermeintlichen *Normalfall* West impliziert, in dem keine spezifischen begünstigenden Faktoren des Rechtsextremismus zu finden seien – zumindest keine, die der Erwähnung wert wären, und die folglich auch nicht genannt, diskutiert oder gar aufgearbeitet werden müssten. Dann dürfte allerdings beispielsweise die westdeutsche Stadt Dortmund heute keine ‚Hochburg der autonomen Nationalisten‘ [...] sein. Mit besonderem Nachdruck widerlegt auch die Existenz von Rechtsterrorismus in der BRD vor 1989 das Bild.“³²

Nach den oben besprochenen „Mitte-Studien“ war in der Tat das extrem rechte Einstellungspotenzial in Westdeutschland in den frühen 2000er Jahren höher. Während es dort im Zeitverlauf abnahm erhöhte es sich ab 2010 in Ostdeutschland, so dass das Westniveau zum Teil erheblich überschritten wurde. Erst in der Befragung von 2014 glichen sich in beiden Teilen Deutschlands die Einstellungspotenziale auf dem erwähnten niedrigen Stand an. Auffällig ist allerdings, dass die Einstellungssyndrome in Ost und West unterschiedlich strukturiert sind: Vor allem „Chauvinismus“ und „Ausländerfeindlichkeit“ sind in Ostdeutschland stärker vertreten als in Westdeutschland.³³

Extrem rechte Einstellungen in der politischen Kultur haben sich also seit der Jahrtausendwende in Ost und West gegenläufig entwickelt, aber unter Umständen wieder angeglichen – was jedoch die Erhebung der „Mitte-Studie“ für 2016 erst noch empirisch untermauern müsste.³⁴ Dennoch meint Heinrich Best, der den Thüringen-Monitor³⁵ seit 2012 leitet, dass die Frage nach einem spezifisch ostdeutschen Phänomen des Rechtsextremismus gerechtfertigt ist, da das Regime des real existierenden Staatssozialismus nachwirkt und

„bis heute in der kollektiven Erinnerung präsent ist und durch Sozialisationsmuster (kollektiv-)biographische Erfahrungen und normative Orientierungen fortwirkt [...]. Im Kollektivgedächtnis erscheint die sozialistische Ordnung als egalitär, homogen und autoritär – eine Assoziation, die sich auch für die Repräsentation des Nationalsozialismus finden lässt. In diesem Sinn sind DDR-Nostalgie und NS-Verharmlosung offensichtlich bei einigen (Ost-)Deutschen plausibel miteinander assoziiert.“³⁶

Letztendlich widersprechen sich Quent und Best nicht. Rechtsextremismus ist kein Phänomen eines „Sonderfalls Ost“. Die Verschiebungen im öffentlichen Diskurs, die auch die Forschung nicht unberührt lassen, sind problematisch. Jedoch verweist Best auf einen relevanten Zusammenhang: auf die historisch-politischen Erfahrungen und Kontextbedingungen der politischen Gesellschaft Ostdeutschlands, die sich auf die Praxis sozialer Konfliktbewältigung auswirken und damit auch den Deutungs- und Handlungsrahmen strukturieren. Es sprechen durchaus einige empirische Hinweise dafür, dass dieser Deutungs- und Handlungsrahmen, also die politische Kultur in den ostdeutschen Bundesländern nach wie vor (mehr) Ähnlichkeiten

32 Quent, Matthias: Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern, in: ebd., S. 99–117, hier S. 101f., Hervorhebung im Original.

33 Zick/Klein: Einstellungen (wie Anm. 19), S. 46.

34 Demgegenüber Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler in ihrer Fortführung der Mitte-Studien in der Erhebung von 2014 zu dem Ergebnis, dass in Ostdeutschland das extrem rechte Einstellungspotenzial noch erkennbar größer ist als in Westdeutschland, auch wenn ebenfalls in dieser Untersuchung das Potenzial bundesweit auf das niedrigste Niveau im Survey gesunken ist: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Universität Leipzig, Leipzig 2014, URL: <http://research.uni-leipzig.de/kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf> [Zugriff: 05.05.2016], S. 48.

35 Der Thüringen-Monitor erhebt seit 2000 jährlich die politischen Einstellungen und damit die Entwicklung der politischen Kultur in dem ostdeutschen Bundesland. Dazu gehört auch das Messen extrem rechter Einstellungen.

36 Best, Heinrich: Trends und Ursachen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland, in: Frindte u. a.: Rechtsextremismus (wie Anm. 1), S. 120–130, hier S. 128.

zu den anderen Gesellschaften des ehemaligen Staatssozialismus aufweisen. Das heißt dann auch, dass Ursachenforschung zu Rechtsextremismus neben den soziökonomischen Ungleichheitsverhältnissen eben genau diesen, zu Westdeutschland unter Umständen weiterhin differenten Deutungs- und Handlungsrahmen der Gesellschaft (wieder) stärker und (wieder) systematischer in den Blick nehmen und das empirisch Instrumentarium hierauf neu ausrichten müsste.

Die Kritik von Quent spielt auf ein weiteres Forschungsdesiderat an: Es liegen kaum empirische Befunde zu extrem rechten – wie im Übrigen auch zu demokratischen – Einstellungen in den einzelnen Bundesländern vor. So bleibt offen beziehungsweise unhinterfragt, ob quantitative Unterschiede beim Umfang extrem rechter Einstellungspotenziale nur im Ost-West-Vergleich zu konstatieren sind oder nicht andere innerdeutsche Vergleichseinheiten erkenntnisgewinnerder wären. Die Daten der „Mitte“-Studie von Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler aus dem Jahr 2014 sind für die „Süddeutsche Zeitung“ nach Bundesländern aufgeschlüsselt worden. Hiernach zeigt sich zwar auch, dass die ostdeutschen Bundesländer bei einigen Dimensionen auf der Rechtsextremismusskala über dem Bundesdurchschnitt liegen, jedoch ist in Bayern die Zustimmung zum Chauvinismus im Bundesländervergleich am höchsten. Auch bei „Ausländerfeindlichkeit“ und Antisemitismus rangiert das südliche Bundesland nach Sachsen-Anhalt auf dem zweiten Platz. Schleswig-Holstein weist ebenfalls Zustimmungsraten über dem Bundesdurchschnitt auf.³⁷

3. „Der NSU-Komplex“³⁸ – der staatliche Umgang mit Rechtsterrorismus

Der Rechtsterrorismus in Deutschland kann auf eine fast hundertjährige Geschichte verweisen und auf eine fast hundertjährige Kontinuität. Allgemeinhin wird der Kapp-Putsch von 1920 als ein wichtiges Datum in diesem Zusammenhang genannt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden nach der gut recherchierten Zeitleiste der Bundeszentrale für politische Bildung bereits in den ersten Jahren der jungen Bundesrepublik erste terroristische und paramilitärische rechte Organisationen erneut, wie beispielsweise der „Bund Deutscher Jugend“ oder die „Wiking Jugend“.³⁹ Solche Gruppen führten Attentate auch mit zahlreichen Todesopfern durch. Dennoch schien die Öffentlichkeit und die Politik von der Anschlagsserie des NSU überrascht. Seit dem 4. November 2011 wird in Untersuchungsausschüssen im Bund und in einzelnen Bundesländern versucht zu klären, wieso diese Mordserie sowie weitere Attentate und Banküberfälle von Sicherheitsbehörden nicht als rechtsterroristische Akte identifiziert und gestoppt wurden. Im Fokus stehen dabei insbesondere Inlandsgeheimdienste, also die Verfassungsschutzämter des Bundes und von Ländern, aber auch die Polizeien. Mit „Terrorismus“ wurden bis dahin der „Linksterrorismus“ – etwa der RAF und ihrer Nachfolgenerationen – sowie nach 9/11 der

37 Decker/Kiess/Brähler: Mitte (wie Anm. 34); Kanning, Sarah: Ausländerfeindliche Einstellungen in Bayern weit verbreitet, in: Süddeutsche Zeitung, 06. April 2015, URL: <<http://www.sueddeutsche.de/bayern/mitte-studie-auslaenderfeindliche-einstellungen-in-bayern-weit-verbreitet-1.2423644>> [Zugriff: 05.05.2016].

38 „Der NSU-Komplex“ ist der Titel einer Dokumentation von Stefan Aust, die am 6. Juni 2016 im ARD-Abendprogramm ausgestrahlt wurde.

39 Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Dossier Rechtsextremismus, Zeitleiste Rechtsterrorismus, Bonn, 2006–2014, URL: <<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/167786/zeitleiste-rechtsterrorismus>> [Zugriff: 05.05.2016].

als islamistisch bezeichnete, internationale Terrorismus in der Öffentlichkeit und bei Teilen der Sicherheitsbehörden verbunden.

Demgegenüber kann Terrorismus mit Lazaros Miliopoulos ganz allgemein folgendermaßen definiert werden:

„Der geschichtsetymologische Angelpunkt des Terrorismusbegriffs ist der durch Tätlichkeit hervorgerufene ‚Schrecken‘. Von denjenigen Akteuren, die diesen zu verantworten haben, wird die Tat erstens als symbolische Stärkung der eigenen Gruppe, zweitens als politische ‚Ertüchtigung‘ der dieser Gruppe nahestehenden Akteure – bestenfalls einer ‚Gesamtgesellschaft‘ – sowie drittens als symbolische Schwächung der als feindlich definierten Gruppe verstanden. In strategischer Hinsicht hatte und hat *la terreur* eine ‚kommunikative Funktion.‘⁴⁰

Nach Miliopoulos ist in historischer Perspektive das Besondere an Rechtsterrorismus, dass er sich „durch seine nationalrevolutionäre, radikalvölkische und rassistische, späterhin nationalsozialistische Beweggründe“ (S. 360) auszeichnet.

Auch die Forschung war unvorbereitet, als sich der NSU im November 2011 selbst enttarnete, wie auch Armin Pfahl-Traughber konstatiert.⁴¹ Das Thema „Rechtsterrorismus“ war weitgehend unbearbeitet, und es bestand Nachholbedarf. Zunächst legten Stefan Malthaner und Peter Waldmann 2012 einen Sammelband zu verschiedenen Phänomenen des Terrorismus vor – und damit auch zum Rechtsterrorismus.⁴² Erste ausführliche Rekonstruktionen des „NSU-Komplexes“ kamen dann aus dem politischen und investigativen Journalismus. Dieser beschäftigt sich nicht nur mit dem sogenannten NSU-Trio, sondern insbesondere mit dessen extrem rechtem Umfeld, wie sich dieses seit Beginn der 1990er Jahre in Thüringen und anderen Teilen Deutschlands entwickelte. Drei zentrale Erkenntnisse können aus der Lektüre gezogen werden: Erstens die Kameradschaft Jena und der „Thüringer Heimatschutz“ um Tino Brandt, der gleichzeitig V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) war, können nicht allein als ein Unterstützungsumfeld des NSU begriffen werden, sondern müssen ebenso wie das seit 2000 in Deutschland verbotene und international agierende „Blood and Honour“-Musiknetzwerk als relevanter Teil des Rechtsterrorismus selbst verstanden werden. Zweitens erreichte die aus den USA stammende Idee einer rechtsterroristischen Zellenstruktur anstatt einer straffen hierarchischen Organisation die extrem rechten Szenen in Deutschland bereits in den 1990er Jahren. Drittens bauten auch V-Männer der Verfassungsschutzämter dieses militante und terroristische Netzwerk auf. Dies geschah teilweise mit Kenntnis und Unterstützung der Behörden, die sich zudem gegenseitig zu blockieren schienen, die Brisanz der Entwicklung falsch einschätzten oder andere Prioritäten setzten.⁴³ Die Rekonstruktionen belegen recht gut, dass das Handeln oder Nicht-Handeln von Sicherheitsbehörden wenig mit dem Verdacht zu tun haben, der „NSU-Komplex“ sei

40 Miliopoulos, Lazaros: Rechtsterrorismus in Deutschland in historisch-politischer Perspektive – Was tun?, in: Decker/Henningsen/Jakobsen: Rechtspopulismus (wie Anm. 5), S. 359–377, hier S. 359, Hervorhebung im Original.

41 Pfahl-Traughber, Armin: Die neue Dimension des Rechtsterrorismus. Die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ aus dem Verborgenen, in: ders. (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), Fachhochschule des Bundes, Brühl 2012, S. 58–101.

42 Malthaner, Stefan/Waldmann, Peter (Hrsg.): Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen, Campus, Frankfurt a. M./New York 2012.

43 Stellvertretend sind hier drei Bücher zu nennen: Staud, Toralf/Radtke, Johannes: Neue Nazis. Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2012; Röpkke, Andrea/Speit, Andreas (Hrsg.): Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Links, Berlin 2013 und besonders ausführlich: Aust, Stefan/Laabs, Dirk: Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, Pantheon, München 2014.

Ausdruck eines „Tiefen Staats“ – eine These, die nach dem 4. November 2011 immer einmal wieder geäußert wurde.⁴⁴

Auch wissenschaftliche Veröffentlichungen geben keinerlei Hinweis auf einen vermeintlich „Tiefen Staat“. Mit den Facetten des Rechtsterrorismus und insbesondere mit dem „NSU-Komplex“ beschäftigen sich Beiträge in dem bereits erwähnten Sammelband von Frindte, Geschke, Haußecker und Schmidtke, die allerdings zum Teil nicht aus der Wissenschaft stammen. Darüber hinaus hat Hajo Funke eine Monographie vorgelegt, die sich eher als politikwissenschaftliche Streitschrift liest. Es ist damit auch eine politische Auseinandersetzung mit dem Agieren von Sicherheitsbehörden und Vertuschungsversuchen der eigenen Rolle.⁴⁵

Nach dem Sozialpädagogen Stefan Heerdegen bot der „Thüringer Heimatschutz“ (THS) als Kameradschaftsnetzwerk seit seinen Anfängen in den 1990er Jahren eine gute Gelegenheitsstruktur für Anhängerinnen und Anhänger der extrem rechten Szene sich in vielfältige Traditionen des Terrorismus einzufinden und mit den Ideen von dezentralen Zellenstrukturen und einem *leaderless resistance* vertraut zu werden. Der THS kann mit Heerdegen als eine bedeutsame Sozialisationsinstanz für rechtsterroristische Radikalisierung bezeichnet. Er, wie auch vergleichbare oder mit dem THS verbundene Netzwerke, sind damit Teil des Rechtsterrorismus.

Mit Verweis auf historische Vorläufer des aktuellen Rechtsterrorismus vertritt Heerdegen die Auffassung, „dass weder die Täter noch die Taten des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), soweit diese bisher bekannt sind, eine ‚neue Qualität‘ darstellen“ (S. 196). Nach bisherigem Stand der Erkenntnisse ist diese These sowohl richtig als auch problematisch. In der Tat kursierten Ideen aus den USA und Großbritannien zu *leaderless resistance* und *phantom cells* bereits seit den 1990er Jahren in extrem rechten Szenen⁴⁶, auch können einzelne weiter zurückliegende Anschläge, wie derjenige auf das Oktoberfest 1980, in diesen Rahmen eingebettet werden. Jedoch weist die NSU-Anschlagsserie besondere Merkmale auf: Die Attentate waren sehr gut vorbereitet und die Morde als Exekutionen durchgeführt und inszeniert. Zudem hatte sich, nach den bisherigen Erkenntnissen, das Unterstützungsumfeld bundesweit ausgedehnt. Mit den NSU-Taten vergleichbare Terrorakte sind aus der Vergangenheit nicht bekannt. Insofern kann mit Blick auf die Taten durchaus von einer neuen Qualität gesprochen werden. Das gilt auch für den Umfang und das Ausmaß der Unterstützung sowie für die Vernetzung eines Teils des extrem rechten Spektrums, wie der Freien Kameradschaften, von „Blood and Honour“ mit ihrem militanten Arm „Combat 18“ bis in die NPD hinein.

In der Auseinandersetzung mit der Rolle und dem Agieren von Sicherheitsbehörden im „NSU-Komplex“, aber auch schon seit Mitte der 1990er Jahre bleiben noch immer viele Fragen offen. Allerdings widerspricht der Journalist und Filmmacher Dirk Laabs der verbreiteten Annahme, dass die Verfassungsschutzämter und Polizeibehörden „auf dem rechten Auge blind“ gewesen seien oder analytisch versagten hätten.⁴⁷ Es lagen nach seiner Rekon-

44 Vgl. hierzu die neueste Veröffentlichung von Roth, Jürgen: Der tiefe Staat. Die Unterwanderung der Demokratie durch Geheimdienste, politische Komplizen und den rechten Mob, Heyne, München 2016.

45 Funke, Hajo: Staatsaffäre NSU. Eine offene Untersuchung, Kontur, Münster 2015.

46 Hierzu Staud/Radtke: Nazis (wie Anm. 43).

47 Laabs, Dirk: Der Verfassungsschutz und der NSU, in: Frindte u. a.: Rechtsextremismus (wie Anm. 1), S. 225–257, hier S. 228. Bei seiner Rekonstruktion der Ereignisse stützt sich Laabs augenscheinlich auf das Quellenmaterial, das er gemeinsam mit Stefan Aust recherchiert hat. Leider fehlt in diesem Beitrag jeglicher Verweis auf das Material, sodass nicht immer klar ist, worauf er sich stützt und woher er die Äußerungen etwa von Vertretern der Sicherheitsbehörden hat.

struktion der Abläufe relativ früh und damit frühzeitig vor den NSU-Attentaten Erkenntnisse über Radikalisierungsprozesse in Richtung Terrorismus vor, die auch entsprechend gedeutet wurden. Das LKA Thüringen ermittelte gegen den THS als kriminelle Vereinigung, und es wurde ein Dossier über Straftaten und Akteurinnen und Akteure angefertigt, zu denen auch Börnhardt, Mundlos, Zschäpe, Wohlleben oder Brandt gehörten (S. 234):

„Die Ausrichtung des THS, die Gewaltbereitschaft der Mitglieder, das Ziel, in Deutschland erneut einen NS-Staat zu schaffen – das alles war dem LKA, dem BKA, der Bundesanwaltschaft mit diesem Dossier im September 1996 klar. Dennoch konnte die Thüringer Szene sich weiter radikalieren – auch weil V-Männer geschützt und von den VS-Behörden finanziert wurden“ (S. 235).

Als Börnhardt, Mundlos und Zschäpe – die bei Behörden „die Drillinge“ genannte wurden – 1998 abtauchten, muss dem BfV nach „diversen eigenen und Fremdinformationen bewusst“ gewesen sein, was innerhalb des „Blood and Honour“-Netzwerks über den „bewaffneten Kampf“ diskutiert wurde (S. 242). Auch hatte das Amt rechte Terrorakte im In- und Ausland registriert, die von vermeintlichen Einzeltätern oder kleinen Zellen verübt wurden. Auf der Grundlage dieser Kenntnisse versuchte das BfV die Generalbundesanwaltschaft und Landeskriminalämter davon zu überzeugen, dass die Definition von Terrorismus, die sich an dem Vorbild der „Roten Armee Fraktion“ orientierte, der Entwicklung im rechten Spektrum angepasst werden müsste. Der Versuch scheiterte – auch am BKA (S. 246ff.). Laabs sieht in dem Ablauf der Ereignisse sowie deren Gewichtung im Wesentlichen drei Ursachen dafür, dass die Mordserie, die anderen Attentate und Banküberfälle des NSU nicht verhindert oder zumindest gestoppt wurden: Erstens verstärkten die Inlandsgeheimdienste massiv den Einsatz von V-Männern, gerade weil sie die Gefahr eines Rechtsterrorismus neuer Struktur erkannten. Sie rekrutierten dabei dann unerfahrene Jugendliche oder Schlüsselfiguren aus der Szene, die vielleicht erst dadurch in die Lage versetzt wurden, ihre Netzwerke auszubauen. Die Behörden unterschätzten die Dynamik, die sie selbst mit in Gang setzten. Zweitens gerieten nach Auffassung von Laabs die Ämter in einen Konkurrenzkampf um Informationen und Erkenntnisse zueinander, sodass ein hinreichender Austausch unterblieb. Sie blockierten sich gegenseitig. Drittens wurde Quellenschutz (Schutz der Informanten) über Strafermittlung gestellt, sodass Ermittlungs- und Justizbehörden nicht in Kenntnis gesetzt oder in ihrer Arbeit behindert wurden. Das lässt sich nach Laabs auf drei Gründe zurückführen: Zum einen auf den Ehrgeiz der Behörden, möglichst viel über die Entwicklung eines sich neu formierenden Rechtsterrorismus zu erfahren, zum anderen auf politische Überlegungen. So sollte vermieden werden, dass die Öffentlichkeit von den Ermittlungen erfuhr (S. 248). Zudem sei das „Staatswohl“ als gefährdet angesehen worden, sodass auch deshalb der Quellenschutz als relevanter angesehen wurde als Aufklärung von Attentaten (S. 254).

Der Politikwissenschaftler und Soziologe Thomas Grumke sieht demgegenüber in strukturellen, politisch herbeigeführten Problemen bei den Verfassungsschutzbehörden die Ursache dafür, dass die Anschlagsserie nicht aufgedeckt wurde. Er konstatiert eine eingeschränkte Analysefähigkeit.⁴⁸ Seine Kernthese ist, dass sich die bisherigen Erkenntnisse zu den Abläufen „nicht in eine neue Qualität des nachhaltigen Handelns in den Verfassungsschutzbehörden transformiert“ (S. 260).

Zusammengefasst identifiziert Grumke drei Problemfelder, deren Substanz bislang kaum aufgebrochen wurde:

48 Grumke, Thomas: Prozesse und Strukturen der Verfassungsschutzämter nach dem NSU, in: Frindte u. a.: Rechtsextremismus (wie Anm. 1), S. 259–276.

1. Politische Verantwortung: Die Ämter sind entweder nachgeordnete Behörden eines Innenministeriums mit einer politischen Beamtin oder einem politischen Beamten in der Leitungsfunktion, oder sie sind als Abteilung im Ministerium organisiert. In jedem Fall haben sie eine politische Führung. „Die Kritik an mangelhafter Arbeit des Verfassungsschutzes [...] muss also zwangsläufig verbunden werden mit einer ebenso scharfen Kritik an den jeweiligen Dienstherren, die die Arbeit ihrer gesamten Ressorts schlussendlich verantworten“ (S. 262).
2. Struktur: Im BfV waren die Abteilungen „Rechtsextremismus“ und „Linksextremismus“ zusammengelegt worden, was nach November 2011 rückgängig gemacht wurde. „Rechtsextremismus“ ist nunmehr wieder eine eigenständige Arbeitseinheit. „Der Bereich *Linksextremismus* bildet jetzt mit dem sog. ‚Ausländerextremismus‘ eine eigene Abteilung, die als eine Art organisatorische Resterampe derjenigen Phänomenbereiche anmutet, denen gegenwärtig eine niedrige (politische) Bedeutung zugemessen wird“ (S. 263, Hervorhebung im Original).
3. Personalpolitik: Auf den Führungsebenen bis runter zu den Referentenstellen sind überwiegend Verwaltungsjuristinnen und -juristen beschäftigt, die zum einen im Zuge der Rotation nur einige Jahre in den Ämtern arbeiten und dann wechseln, sodass keine Kontinuität in der Arbeit und im Wissensbestand möglich ist. Zum anderen verfügen sie über keine fach(wissenschaft)liche Expertise zu Phänomenbereichen wie den Rechtsextremismus (S. 261). Des Weiteren hat sich nach Grumke im Verlauf der Aufarbeitung des „NSU-Komplexes“ gezeigt, „dass in der Vergangenheit in einigen Verfassungsschutzämtern zeitweise scheinbar wahllos ohne Berücksichtigung einer relevanten Qualifikation eingestellt wurde“ (S. 268).

Wie Laabs kommt auch Grumke zu dem Schluss, dass der Verdacht, die Inlandsgeheimdienste seien „auf dem rechten Auge blind“, eine verkürzte Sichtweise sei. Auch der Vorwurf, die Ämter wiesen eine Demokratiefeme und eigene Kultur auf, die einer Art „Corporate Identity“ entspräche, geht nach Grumke am eigentlichen Problem vorbei. Anders als Laabs, der den Verfassungsschutzämtern recht hohes Know-how im Kenntnisstand zuschreibt, sieht er die systemimmanenten Probleme im Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in einem Mangel an analytischer Fachexpertise, die durch eine verfehlte Personal- und Strukturpolitik hervorgerufen sei. Nach seiner Einschätzung ist gegenwärtig nicht zu erkennen, dass sich hieran grundsätzlich etwas ändert (S. 272ff.).

Nach dem bisherigen Stand der Rekonstruktionen muss davon ausgegangen werden, dass der Kenntnisstand der Inlandgeheimdienste durchaus recht hoch war und – zumindest theoretisch – die Anschlagsserie des NSU hätte verhindert oder gestoppt werden können. Jedoch haben die gegenseitige Blockade und auch die fehlende personelle Kontinuität dies verhindert.

In seiner „offenen Untersuchung“ der „Staatsaffaire NSU“ kommt der Politikwissenschaftler Funke schlussendlich zu mehr offenen Fragen als Gewissheiten.⁴⁹ Unter Mitarbeit von Ralph Gabriel rekonstruiert er ähnlich wie Laabs (und Stefan Aust) die Anschläge und das Umfeld des NSU sowie das Agieren der Sicherheitsbehörden vor und nach November 2011. Er stützt sich dabei auf verschiedene Quellen: Er begleitete zeitweilig den ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) des Bundestags zum „NSU-Komplex“,

49 Funke: Staatsaffäre (wie Anm. 45).

war Sachverständiger in PUAs und reiste an einige Anschlagorte. Darüber hinaus wurden Protokolle verschiedener NSU-PUAs, Berichterstattungen anderer Beobachterinnen und Beobachter über diese (z. B. „NSU-Watch“ oder „apabiz“) in Zeitungen und in Blogs sowie Informationen von Antifa-Gruppen herangezogen. Auch diese Analyse macht deutlich, dass Kenntnisstand der Inlandsgeheimdienste über den THS, das „Blood and Honour“-Netzwerk, den NSU et cetera schon frühzeitig relativ umfangreich gewesen ist. Doch kommt Funke zu ähnlichen Ergebnissen wie Laabs, um zu erklären, warum die Ermittlungen scheiterten. Dennoch weist die „offene Untersuchung“ in eine andere analytische Richtung als die Arbeiten von Laabs und Grumke: Funke stellt erstmals die für die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung zentrale Frage nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese Frage begründet sich dadurch, dass sehr vieles noch im Dunkeln liegt: Die Ermittlungen zu den Attentaten sind augenscheinlich bis in die Gegenwart nicht ausermittelt, was rational nicht zu erklären ist. Es ist nicht geklärt, ob Verstrickungen von Polizisten mit dem Ku-Klux-Klan in Heilbronn etwas mit dem Mord an der dortigen Polizistin zu tun haben (S. 35–75). Zudem ist noch unklar, wieso V-Männer dazu ermuntert wurden, extrem rechte oder rechtsterroristische Strukturen aufzubauen oder zu vertiefen (S. 137–170). Auch die Frage, wie es geschehen konnte, dass bei den Ermittlungen zu den Anschlägen gegen Eingewanderte sich ein institutioneller Rassismus so ausgeprägt Bahn brechen konnte (S. 308–340), ist bisher unbeantwortet. Schließlich bleibt offen, welche konkreten Motive zu den Aktenvernichtungen nach November 2011 in den Sicherheitsbehörden führten und wieso Vorgänge nachhaltig verschleiert und Legenden gebildet werden (S. 278–307). Durch Beantwortung solcher Fragen wird nicht etwa ein Bild von Sicherheitsbehörden als monolithischer Block oder das eines „Tiefen Staats“ gezeichnet, aber dennoch eines von Institutionen, die mit Eigenlogik agieren und vor allem – und das ist entscheidend – so agieren können, weil sie keiner hinreichenden demokratischen Kontrolle unterworfen sind. Sie produzieren – so lässt sich die Untersuchung lesen – statt Sicherheit Unsicherheit. In dieser Eigenlogik hat das Staatswohl Vorrang vor individuellen Freiheitsrechten, zu denen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und auf ein selbstbestimmtes Leben gehören, obwohl es eine Kernaufgabe des Staates in einer demokratischen Gesellschaftsordnung ist, diese Freiheitsrechte zu schützen (S. 343–351).

Funke plädiert schließlich für eine Zivilgesellschaft, die sich stärker in der Verantwortung sieht und die Politik antreibt:

„Eine wirksame Gewalteinämmung läuft ansatzweise dort positiv, wo Politik und Zivilgesellschaft entschieden gegen die Akteure rechtsextremer Gruppen in der Öffentlichkeit vorgehen, wo Polizei und Justiz ihre Aufgaben effizient und zeitnah umsetzen. Zu einem solchen originär gesellschaftlichen und politischen Ansatz sollten die Sicherheitsbehörden in einer Art Dienstleistung stehen, die mit ihren Mitteln vor allem von Polizei und Justiz die Gewaltstrukturen eindämmen, verbieten oder auflösen und den Rechtsstaat durchsetzen helfen“ (S. 357).

Was bleibt? Die wissenschaftliche Auseinandersetzung sowohl mit dem Gegenstandsbereich des Rechtsterrorismus als auch mit dem des staatlichen Handelns steht noch in ihren Anfängen. Das Gleiche gilt für das Agieren von staatlichen Akteuren im Politikfeld der Inneren Sicherheit vor allem aus der Perspektive von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Streitschrift von Funke ist ein erster Aufschlag in diese Richtung. Eine demokratietheoretische Weiterentwicklung des von Uwe Kemmesies geprägten Begriffs „Co-Terrorismus“ könnte helfen, die Auswirkungen dieser Interaktionen auf den Demokratiegehalt nicht nur des Staates, sondern gleichsam der politischen Gesellschaft insgesamt in den Blick zu nehmen. Versteht man Co-Terrorismus als „alle phänomenbezogenen Verhaltens- und/oder Handlungsweisen, deren *nicht intendierten Nebenfolgen* darin bestehen, Terrorismus und/oder Extremismus zu

befördern“⁵⁰, so sind mit dieser Definition nicht allein Unterstützungsumfeld und -netzwerke von rechtsterroristischen Akteurinnen und Akteuren, sondern gleichfalls die Interaktionen in sozialen und politisch-kulturellen Kontexten angesprochen. Des Weiteren kommt die Interaktion mit dem Staat in den Fokus der Betrachtung und wie der Staat durch sein Handeln oder Nicht-Handeln – ob als bewusster Akt oder nicht-intendierte Nebeneffekte – dazu beiträgt, dass sich Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus ausweiten oder gar erst entfalten können, wie es im „Fall NSU“ geschehen ist.

4. Radikal rechte Bewegungen und Parteien als Gegenbewegung zur Demokratie in Europa

Radikal rechte Parteien in westeuropäischen Ländern haben vielfach ihren Ausgangspunkt im marktradikalen Protest gegen entwickelte Sozialstaaten ab den späten 1970er Jahren. Es ist der Zeitraum, in dem sich die ersten Anzeichen eines neoliberalen *turns* in entwickelten Industriegesellschaften des „Westens“ ankündigten.⁵¹ Der Einfluss dieser Parteien auf die politischen Kulturen und politischen Entscheidungsprozesse hat im Zeitverlauf erheblich zugenommen und fordert etablierte Demokratien heraus. In den Transformationsgesellschaften Mittelost- und Osteuropas und des Balkans bringen radikal rechte Bewegungen eine neue Dynamik in die politische Praxis und gefährden akut Demokratisierungsprozesse. Dies ist Gegenstand des als Vergleichsstudie angelegten Sammelbands von Michael Minkenberg zur radikalen Rechten im politischen Prozess in Osteuropa.⁵² In dem Sammelband von Frank Decker, Bernd Henningsen und Kjetil Jakobsen wird der verbreiteten These entgegengetreten, dass rechte Parteien vor allem in Krisenzeiten reüssieren. Hier wird vielmehr für westeuropäische Demokratien ein Zusammenhang zwischen dem neoliberalen *turn* und dem Aufstieg dieser Parteien hergestellt.⁵³

Mit diesem neoliberalen *turn* war bei den meisten der neuen radikal rechten Parteien noch eine pro-europäische Orientierung verbunden, wie Decker, Henningsen und Jakobsen in ihrem Einführungsaufsatz konstatieren⁵⁴: Der Schwenk von einer pro-europäischen zu einer anti-europäischen Haltung vollzog sich um die Jahrtausendwende. Aber erst mit Ausbruch der Finanzmarktkrise konnten diese Parteien die Karte des Anti-Europäismus bei Wahlen erfolgreich spielen (S. 21). Interessant dabei ist, dass die radikal rechten Parteien in den Ländern am erfolgreichsten wurden, „die von den Folgen der Krise vergleichsweise wenig betroffen waren: Österreich, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Schweden“ (S. 15). Entgegen der verbreiteten Ansicht, dass diese Wahlerfolge vor allem

50 Kemmesies, Uwe: Co-Terrorismus. Neue Perspektiven für die Terrorismusprävention, in: Egg, Rudolf (Hrsg.): Extremistische Kriminalität. Kriminologie und Prävention, KrimZ, Wiesbaden 2006, S. 229–244, hier S. 231, Hervorhebung im Original.

51 Vgl. hierzu stellvertretend Streeck, Wolfgang: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Suhrkamp, Berlin 2013.

52 Minkenberg: Transformation (wie Anm. 10).

53 Decker/Henningsen/Jakobsen: Rechtspopulismus (wie Anm. 5). Im Nachfolgenden konzentriert sich die Besprechung im Wesentlichen auf die Länderstudien sowie die Beiträge, die die Frage nach der Demokratie im Allgemeinen aufgreifen. Sehr empfehlenswert sind jedoch auch die Aufsätze zu den Themen „Medien“ und „Strategien“. Auf einzelne Beiträge aus diesen Themenschwerpunkten ist bereits in den vorangegangenen Kapiteln eingegangen oder verwiesen worden.

54 Decker, Frank/Henningsen, Bernd/Jakobsen, Kjetil: Revolte von rechts, in: dies.: Rechtspopulismus (wie Anm. 5), S. 13–35, hier S. 21.

durch sogenannte Modernisierungsverlierer getragen würden, argumentieren Decker, Henningsen und Jakobsen, dass die Wählerinnen und Wähler dies

„aber nur in einem relativen und subjektiven Sinn sind. Das heißt, die Misere ist nicht an die tatsächliche soziale Lage gebunden, sondern an empfundene Verlustängste, das Gefühl, zum benachteiligten und abstiegsbedrohten Teil der Gesellschaft zu gehören. Diese Angst versuchen die neuen populistischen Parteien mit der Wiederherstellung traditioneller Ordnungsvorstellungen und gemeinschaftlicher Bindungen, sei es an die Nation, Religion oder Familie, zu beantworten [...]. Sozioökonomische Verteilungskonflikte werden auf diese Weise soziokulturell aufgeladen und in ethnische oder nationale Konflikte ‚umgefälscht‘, wie es Jürgen Habermas in Bezug auf die Euro-Krise ausgedrückt hat“ (S. 15f.).

Damit geht allerdings nicht zwangsläufig bei den Parteien eine Abkehr von marktradikalen oder wirtschaftsliberalen Positionen einher. Während etwa der Front National „seine neoliberale wirtschaftliche Position in eine protektionistische umgewandelt“⁵⁵ hat – ähnliches gilt für die Nachfolgeorganisation der Steuerprotestpartei (Fortschrittspartei), die Dänische Fortschrittspartei (DF)⁵⁶ –, kombiniert wiederum die Schweizer Volkspartei (SVP) autoritäre und partikularistische mit wirtschaftsliberaler Programmatik. Oscar Mazzoleni umreißt die Entwicklung in der Schweiz folgendermaßen:

„With respect to economic issues, its rhetoric clearly insisted on the defence of the free market. The new SVP, like the Swiss Freedom Party, was at the heart of the neo-liberal conservative revolution, which refocused on values in line with the corporate sector, economic growth and individual freedom.“⁵⁷

Auch die Fortschrittspartei in Norwegen hat ein wirtschaftsliberales Profil. Sie ist nach Jakobsen durch einen grundlegenden ideologischen Widerspruch gekennzeichnet,

„wie viele andere konservative und rechte Parteien [...]. In ihrer Grundhaltung ist die Partei liberal. Keine andere norwegische Partei legt größeres Gewicht auf das Individuum und dessen Entscheidungsfreiheit. Gleichzeitig sind die nationalen Instinkte, an die die Partei appelliert, gemeinschaftsbezogen bis kollektivistisch. So gesehen gibt der Islam den idealen Feind ab und stellt ein ideologisches Bindemittel dar, das es der Partei erlaubt, das Eintreten für liberale Werte mit nationalen und chauvinistischen und autoritären Positionen zu verknüpfen.“⁵⁸

In den Niederlanden haben seit der Jahrtausendwende gleich zwei radikal rechte Parteien in der Wählerinnen- und Wählergunst reüssieren können, die ebensolche Kombinationen in ihren Programmen aufweisen: Die Liste Pim Fortuyn (LPF), die sich 2007 auflöste und die Freiheitspartei von Geert Wilders, die nach dem Niedergang der LPF bei den Parlamentswahlen 2006 deren Rolle im politischen System übernommen hat.⁵⁹

In Österreich und Deutschland ist die Situation noch offen. Während in Österreich neben der bereits im Parteiensystem etablierten FPÖ und deren Abspaltung BZÖ das Team Stronach (TS) und Das Neue Österreich (NEOS) als neue Protestparteien hinzugekommen sind, und noch unklar ist, ob diese Neuformationen Chancen haben sich zu etablieren, bleibt in Deutschland abzuwarten, wohin sich die AfD nach der Abspaltung des marktradikalen

55 Bizeul, Yves: Rassismus und Rechtsextremismus im heutigen Frankreich, in: Decker/Henningsen/Jakobsen: Rechtspopulismus (wie Anm. 5), S. 59–74, hier S. 72.

56 Wirries, Clemens: Genese und Etablierung der Dänischen Fortschrittspartei, in: ebd., S. 129–164, hier S. 139–142.

57 Mazzoleni, Oscar: Between Opposition and Government. The Swiss People's Party, in: ebd., S. 111–128, hier S. 118.

58 Jakobsen, Kjetil A.: Die Fortschrittspartei auf dem norwegischen Sonderweg, in: ebd., S. 147–164, hier S. 161.

59 Van Kessel, Stijn: Right-Wing Populism in Contemporary Dutch Politics, in: ebd., S. 205–216.

Flügels um den Parteigründer Bernd Lucke 2015 ideologisch entwickeln wird.⁶⁰ Ähnlich offen ist der Weg der UK Independence Party (UKIP), die eindeutig extrem rechte Positionen vertritt, aber auch konservative und sozialdemokratische Forderungen aufnimmt sowie eine Liberalisierung des Marktes – zumindest zeitweilig – auf ihrer Agenda hatte.⁶¹

In dem von Minkenberg als Vergleichsstudie angelegten Sammelband zu Mittelost- und Osteuropa sowie dem Balkan wird im konzeptionellen Zugriff durch den Herausgeber die radikale Rechte als kollektiver Akteur im politischen Prozess begriffen, der mehr ist als eine Parteifamilie. Von Bedeutung werden dann die Interaktionen in Gesellschaft und Politik sowie die Wirkungen auf andere politische Akteure, etwa konkurrierende Parteien. In diesem Ansatz werden Partei- und Bewegungsforschung miteinander kombiniert: „This becomes even more imperative when studying the radical right in the political process, its interaction with others, and its effects“⁶².

Die Länderbeiträge der Vergleichsuntersuchung strukturieren sich somit nach drei Kategorien: „(1) defining and mapping the radical right as a collective actor (profiles); (2) identifying trends and relevant context factors (patterns); and (3) modeling interaction and effects of the radical right (process)“ (S. 27). Den Länderstudien sind vergleichende Beiträge vorgeschaltet, die radikal rechte Formationen in eine „democratization of hostility“ nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Regime einbetten, eine Bewertung des Einflusses radikal rechter Parteien im politischen Prozess sowie auf den Parteienwettbewerb vornehmen.⁶³

In der Gesamtwürdigung der Einzelbeiträge durch Minkenberg und Oliver Kossack⁶⁴ lassen sich nach den Untersuchungskategorien die Befunde folgendermaßen zusammenfassen: In Hinblick auf Profile von Bewegungen zeigt sich, dass die radikale und extreme Rechte immer dort vor allem bewegungsförmig ist, wo Parteien weniger hohe oder kaum Wahlerfolge erzielen können und umgekehrt (S. 349f.). Für den Bereich der Interaktionsmuster werden drei Ländergruppen identifiziert. Die erste Ländergruppe zeichnet sich durch schwache oder fehlende radikal rechte Parteien aus – insbesondere in Tschechien und Estland sowie mit Abstrichen in Litauen –, in denen der Raum für unabhängige Bewegungen und Gewalt von rechts geöffnet ist und auf die mit Repression und Isolation reagiert wird. In der zweiten Ländergruppe kooperieren „Mainstream“-Parteien mit radikal rechten Parteien, grenzen sich also zu diesen nicht ab. Zu dieser Gruppe werden Bulgarien, Polen, Slowakei und Lettland gezählt. In der dritten Ländergruppe – bestehend vor allem aus Ungarn und Rumänien – sind über eine Kooptationsstrategie radikal rechte Parteien mit

60 Heinisch, Reinhard/Hauser, Kristina: Rechtspopulismus in Österreich. Die Freiheitliche Partei Österreichs, in: ebd., S. 91–109, hier S. 105f.; Decker, Frank: Alternative für Deutschland und Pegida. Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik, in: ebd., S. 75–90, hier S. 82–85.

61 Bale, Tim/Wager, Alan John: The United Kingdom Independent Party. Insurgence or Splinter?, in: ebd., S. 217–229, hier S. 222.

62 Minkenberg: Profils (wie Anm. 11), S. 44. Da es sich in der Anlage des Sammelbands um eine Vergleichsstudie handelt, wird hier im Nachfolgenden auf die Konzeptionalisierung durch Minkenberg und die abschließende Würdigung der Befunde aus den Einzelbeiträge durch Minkenberg und Oliver Kossack Bezug genommen.

63 Bustikova, Lenka: The Democratization of Hostility. Minorities an Radical Right Actors After the Fall of Communism, in: Minkenberg: Transformation (wie Anm. 10), S. 59–79; Pirro, Andrea L.P.: The Populist Radical Right in the Political Process. Assessing Party Impact in Central and Eastern Europe, in: ebd., S. 80–104; Pytlas, Bartek/Kossack, Oliver: Lighting the Fuse. The Impact of Radical Right Parties on Party Competition in Central and Eastern Europe, in: ebd., S. 105–136; Auers, Daunis/Kasekamp, Andres: The Impact of Radical Right Parties in the Baltic States, in: ebd., S. 137–153.

64 Minkenberg, Michael/Kossack, Oliver: Conclusions. Actors, Interaction, and Impact in Comparison, in: ebd., S. 348–359.

ihrer politischen Agenda bis in die Regierungen vorgedrungen, und dies obwohl formal eine Abgrenzungspolitik proklamiert ist (S. 354).

Insgesamt ist nach Minkenberg und Kossack in den untersuchten Ländern zu beobachten, dass die radikale Rechte sich als relevante Gegenbewegung zu verschiedenen Transformationsprozessen entwickelt hat. Eingeschränkt oder behindert sind hiernach (1) die Transformation in eine liberale Demokratie (Ungarn sticht hier besonders hervor, da in diesem Land ein Rückfall in eine Autokratie diagnostiziert werden muss); (2) die Transformation in eine offene multikulturelle Gesellschaft und (3) die Transformation zu einem integrierten Mitglied der Europäischen Union und mit Akzeptanz supranationaler Institutionen (S. 357). Nach der Bewertung der Autoren hat ein *backlash* in der Politisierung von Minderheitenthemen mit einer Polarisierung im politischen Spektrum der Untersuchungsländer durch die radikale Rechte mit weitreichenden Folgen stattgefunden. Inwieweit in Osteuropa marktradikales oder neoliberales Denken eine zentrale Rolle spielen, kann aus der Vergleichsstudie von Minkenberg nicht herausgelesen werden. Aktuelle sozialwissenschaftliche Beiträge, wie der von Philipp Ther zu „Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europas“, verweisen darauf, dass auch der neoliberale *turn* im osteuropäischen Transformationsprozess wirkt.⁶⁵ Es wäre also erkenntnisgewinnend zu untersuchen, ob radikal rechte Bewegungen und Parteien in Osteuropa – ähnlich wie in Westdeutschland – ebenfalls Träger neoliberalen Denkens sind und sich genau in dieser Ausrichtung eine neue Variante der Gegenbewegung zu Demokratie und Demokratisierungsprozessen formiert.

Die beiden vorgestellten Sammelbände dokumentieren, dass in fast allen politischen Gesellschaften Europas die radikale Rechte als Gegenbewegung immer wirkmächtiger geworden ist, und dies insbesondere nach der Jahrtausendwende. Jedoch sind Unterschiede mit Blick auf die Demokratie zwischen Ost und West auszumachen. Minkenberg betont die Durchlässigkeit zwischen moderaten und radikalen Rechten in Osteuropa als einen elementaren Gegensatz zur Situation im Westen. Dadurch geraten die dort von der radikalen Rechten transportierten Werte in den Mainstream, statt von ihm „gezähmt“ („taming“) zu werden. Diese Werte lassen sich im Vergleich mit westeuropäischen extrem Rechten als „anti-liberal, more anti-democratic, and more anti-minority“ beschreiben, und die Einbettung rechter Politik in Regierungspolitik führe dazu, dass „the radical right becomes a transformative force, and can indeed be said to be transforming the transformation“⁶⁶.

5. Rechtsextremismus und Rechtsextremismusforschung als „Never Ending Story“

Gleich zu Beginn seines Einführungsbuchs in den Rechtsextremismus und in die Rechtsextremismusforschung, das 2015 bereits in zweiter und erweiterter Auflage erschienen ist, bezeichnet Samuel Salzborn die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und die politische Bekämpfung des Phänomens als eine *never ending story*.⁶⁷ Warum? Kaum verschwindet eine Gruppe oder wird verboten, formieren sich neue. Sie erfinden sich in ihren verschiedenen Organisationsformen oder als lose Zusammenhänge, als Subkulturen oder im Internet immer wieder neu. Die Bewegung ist wie die politische

65 Ther, Philipp: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europas, Suhrkamp, Berlin 2014.

66 Minkenberg: Profiles (wie Anm. 11), S. 50.

67 Salzborn: Rechtsextremismus (wie Anm. 6), S. 9.

Auseinandersetzung zyklisch: Sie flammt immer dann auf, wenn spektakuläre Ereignisse, wie etwa Gewaltakte oder Wahlerfolge, öffentliche Aufmerksamkeit erfahren.

„Diese *never ending story* basiert auf der [...] Hoffnung, dass Rechtsextremismus dauerhaft und nachhaltig im Sinne eines Verschwindens rechtsextremer Gruppierungen und der zahlreichen Versatzstücke rechtsextremen Denkens aus der Öffentlichkeit und damit aus dem Alltag möglich wäre. In dieser Hoffnung liegt allerdings [...] stückweit eine nur schwer einlösbare Utopie. Denn [...] jede freie und demokratische Gesellschaft kann nicht auf Dauer in ihren Entwicklungen und Konflikten ruhig gestellt werden, so dass jede Hoffnung, politische und gesellschaftliche Konflikte – und mit ihnen der Rechtsextremismus – würden eines Tages gänzlich von der Tagesordnung verschwunden sein, utopisch ist. Ursächlich hierfür ist einerseits die generelle Konfliktdynamik von Gesellschaft, die sich jeder utopischen Ruhigstellung kategorial entzieht, andererseits die konkrete Kontextualisierung von Rechtsextremismus, die in dem berühmten Diktum von Theodor Adorno [...] folgend darin besteht, dass es so lange Rechtsextremismus und Neonazismus geben wird, wie ‚die Bedingungen [...] wesentlich fort dauern‘, die Ausschwitz möglich gemacht haben“ (S. 9).

Aber welche Bedingungen sind verantwortlich? Salzborn merkt richtigerweise an, dass der Verweis auf die bürgerliche Gesellschaft im Kapitalismus nach Adorno und Horkheimer nicht ausreicht (ebd.), auch wenn dieser in die richtige Richtung weist, aber unvollständig bleibt. In der Rechtsextremismusforschung – wie auch in der politischen Auseinandersetzung – sind sowohl das Phänomen als auch mögliche Erklärungen für dieses umstritten. Salzborn fächert die gesamte Breite von sozialwissenschaftlichen Erklärungsansätzen auf, die sich auf die bundesrepublikanische Gesellschaft beziehen und unterzieht diese einer kritischen Reflektion (S. 91–131).⁶⁸ Unter dem Strich sind die Erklärungsansätze – hier ist Salzborn zuzustimmen – noch unbefriedigend. Entweder wird Rechtsextremismus „pathologisiert“ und damit gleichzeitig zur Normalität erklärt (S. 97), oder es werden „Ursachenkomplexe individualisiert und gesellschaftliche Kontexte vernachlässigt“ (S. 102). Dem stehen Ansätze gegenüber, die durchaus in der Lage sind, die Komplexität einer bürgerlichen Gesellschaft im Kapitalismus zu interpretieren, „jedoch die gewaltförmige Artikulationsweise des Rechtsextremismus nur bedingt“ (S. 110) zu erfassen. Andere, die sich mit „Autoritarismus, Sozialisation und Geschlecht“ beschäftigen, könnten dieses Vakuum füllen, verblieben aber noch auf dem „Status eines Schlagwortes“ (S. 116f.). Auch die Fokussierung auf die „akteursorientierten Bewegungsrechtsextremisten“ kann nach Salzborn nicht überzeugen, da „die Wahrnehmung der Verantwortung für Rechtsextremismus stark auf die als unmittelbare Ursache ausgemachten Strukturen“ gerichtet werden, „also auf politische und wirtschaftliche Eliten [...]. Insofern ist der Grad an individuellen Handlungsspielräumen und damit auch subjektive Verantwortung für das eigene Denken und Handeln in der Bewegungstheorie unterrepräsentiert“ (S. 122f.). Bei Ansätzen, die auf „Modernisierung“, „Desintegration“ und „Individualisierung“ abheben, ist mit Salzborn zu fragen, warum diese Prozesse dazu führen (sollen), sich extrem rechts zu orientieren und nicht etwa dazu, sich in Gewerkschaften zu organisieren (S. 129).

In der Gesamtschau der von Salzborn zwar knapp, aber gut präsentierten und diskutierten Erklärungsansätze von Rechtsextremismus zeigt sich ein grundlegendes Dilemma: der Makro-Mikro-Zusammenhang lässt sich nur schwer herstellen, um einen allgemeinen Erklärungsansatz und damit eine Theorie des Rechtsextremismus in der politischen Gesellschaft der Moderne zu entwickeln. Entweder wird der gesellschaftliche Kontext in der (kapitalistischen) Moderne oder die individuelle Ebene der Handlungsspielräume vernachlässigt, so dass diese rein kulturell reproduktiv daherkommen. Das Dilemma lässt sich letztendlich nicht

68 Das Einführungsbuch setzt sich darüber hinaus damit auseinander, was unter Rechtsextremismus im Spiegel der wissenschaftlichen Debatte verstanden werden kann (vgl. hierzu auch Kapitel 1 des vorliegenden Beitrages), welche Erscheinungsformen hierunter gefasst werden können und welche Präventions- und Interventionsmöglichkeiten diskutiert und möglich wären.

auflösen, weil es davon abhängt, was genau erklärt werden soll: Rechtsextremismus als inhärentes Phänomen der bürgerlichen Gesellschaft oder extrem rechte Strukturen, Orientierungen und Handlungen in der bürgerlichen Gesellschaft. Letztendlich bedeutet dies, dass sich das Phänomen des Rechtsextremismus insofern einer allgemein erklärenden Theoriebildung entzieht, als dass Rechtsextremismus zwar die Moderne und ihre Institutionenbildung und damit auch Demokratisierungsprozesse begleitet, jedoch sowohl der Rechtsextremismus als auch die Institutionen der Moderne einem permanenten Formwandel unterliegen. Kausalerklärungen/-beziehungen sind bereits dann ungenau, wenn sie formuliert werden. Der jeweilige historische Prozess in der Moderne und die Demokratisierung bringen neue Formen oder Varianten des Rechtsextremismus hervor – und dies nach politischer Kultur der politischen Gesellschaften unterschiedlich.

6. Fazit: Rechtsextremisforschung *reloaded*

In der Gesamtschau der aktuellen, zumeist deutschsprachigen Publikationen in der Rechtsextremismusforschung zeigt sich, dass sich diese in den vergangenen Jahren – vor allem seit dem „Fall NSU“ – ausdifferenziert und einen neuen Schub erhalten hat. So haben sich neue Forschungsfelder erschlossen und neue, zum Teil kontroverse Debatten entwickelt, die jedoch erkenntnisgewinnend sind.

Grundlegend ist festzustellen, dass Rechtsextremismus und die radikale Rechte als kollektiver Akteur zunehmend in ihrer politisch-kulturellen und gesellschaftlichen Einbettung sowie in ihrer Interaktion im politischen Prozess untersucht werden. Dadurch wird deutlich, dass diese Gegenbewegung zu Demokratie und Prozessen der Demokratisierung nicht erst gegenwärtig in einer, wie auch immer zu definierenden „Mitte“ der Gesellschaft „angekommen“ ist, sondern ohne diese nicht denkbar wäre und dies historisch auch nie war. Ähnliches gilt für den Rechtsterrorismus, der bis November 2011 kaum Gegenstand der Forschung gewesen ist. Bislang konzentrieren sich hier die meisten Beiträge auf den „NSU-Komplex“. Ob daraus eine intensivere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsterrorismus als Form politischer Kommunikation wird, bleibt allerdings noch abzuwarten. Das Gleiche gilt für Gelegenheitsstrukturen und eine kritische wissenschaftliche Beobachtung der Politik der Inneren Sicherheit.

Die neu aufgeflamnte und kontroverse Diskussion um Begriffe wie Rechtspopulismus und radikale Rechte versus Rechtsextremismus als Oberbegriff für all diese Phänomene ist nicht einfach „alter Wein in neuen Schläuchen“. Durch mittlerweile recht ausgefeilte Einstellungsuntersuchungen und ideologiekritische Analysen von rechten Weltanschauungen wird dokumentiert, wie sich extrem und radikal rechtes Denken im historischen Prozess wandelt, ausdifferenziert und wie es damit anschlussfähig an die politischen Kulturen bleibt beziehungsweise aus diesen entsteht. Von besonderer Bedeutung ist gegenwärtig die Kopplung mit einem „marktförmigen Extremismus“, die in Deutschland ein vergleichsweise junges Phänomen ist und in anderen westeuropäischen Ländern bereits seit den 1970er und 1980er Jahren zum Kanon rechter Parteien gehört.

Die international vergleichende Forschung legt zudem das Gefährdungspotenzial für Demokratie und Demokratisierungsprozesse offen. Gut sichtbar ist dies in Ländern Mittelost-, Ost- und Südosteuropas, in denen nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Regime (und dem Zusammenbruch von Staaten) ein gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Transformationsprozess einsetzte. Dieser setzt sich zwar fort, hat jedoch eine

andere Richtung angenommen: weg von einer Transformation in eine liberale Demokratie und einer Akzeptanz von Liberalität und universellen Menschenrechten.

Es zeigen sich in dieser Gesamtschau auch Forschungsdesiderate, die sich im theoretischen Zugriff auf die Gegenstandsbereiche zeigen: Es fehlt zum Teil an einer demokratietheoretischen Grundierung von Untersuchungen. Zwar liegt in der Frage nach den Risiken für die Demokratie die Motivation für die Rechtsextremismusforschung, aber Demokratie ist selten explizites Thema. So lassen sich die Risiken etwa für etablierte Demokratien, wie auch der in der Bundesrepublik, weiterhin kaum einschätzen.

Anschrift: Prof. Dr. Ursula Birsl, Philipps-Universität Marburg, Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, Institut für Politikwissenschaft, Wilhelm-Röpke-Straße 6 G, 35032 Marburg

E-Mail: ursula.birsl@staff.uni-marburg.de

Auswahlbibliografie

- Aust, Stefan/Laabs, Dirk: Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, 864 S., Pantheon, München 2014.
- Decker, Frank/Henningsen, Bernd/Jakobsen, Kjetil (Hrsg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, 414 S., Nomos, Baden-Baden 2015.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, 75 S., Universität Leipzig, Leipzig 2014, URL: <http://research.uni-leipzig.de/kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf> [Zugriff: 05.05.2016].
- Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Wien) (Hrsg.): Rechtsextremismus, Bd. 1: Entwicklungen und Analysen, 272 S., Mandelbaum, Wien 2014.
- Frindte, Wolfgang u. a. (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, 509 S., Springer VS, Wiesbaden 2016.
- Funke, Hajo: Staatsaffäre NSU. Eine offene Untersuchung, 406 S., Kontur, Münster 2015.
- Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumen?, 290 S., Leske + Budrich, Opladen 1998.
- Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts, 338 S., Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1997.
- Gießelmann, Bente u. a. (Hrsg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, 365 S., Wochenschau, Schwalbach/Ts. 2016.
- Grebing, Helga/Greiffenhagen, Martin/Krockow, Christian Graf von (Hrsg.): Konservatismus – eine deutsche Bilanz, 142 S., Piper, München/Zürich 1971.
- Kemmesies, Uwe: Co-Terrorismus. Neue Perspektiven für die Terrorismusprävention, in: Egg, Rudolf (Hrsg.): Extremistische Kriminalität. Kriminologie und Prävention, 268 S., KrimZ, Wiesbaden 2006, S. 229–244.
- Leibfried, Stephan/Zürn, Michael (Hrsg.): Transformation des Staates?, 354 S., Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2006.
- Malthaner, Stefan/Waldmann, Peter (Hrsg.): Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen, 390 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2012.

- Minkenber, Michael (Hrsg.): *Transforming the Transformation? The East European Radical Right in the Political Process*, 376 S., Routledge, London/New York 2015.
- Pfahl-Traughber, Armin: Die neue Dimension des Rechtsterrorismus. Die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ aus dem Verborgenen, in: ders. (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II)*, 307 S., Fachhochschule des Bundes, Brühl 2012, S. 58–101.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter: *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien*, 311 S., Springer VS, Wiesbaden 2015.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hrsg.): *Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland*, 286 S., Links, Berlin 2013.
- Roth, Jürgen: *Der tiefe Staat. Die Unterwanderung der Demokratie durch Geheimdienste, politische Komplizen und den rechten Mob*, 368 S., Heyne, München 2016.
- Saage, Richard: *Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik*, in: Fetscher, Iring (Hrsg.): *Neokonservative und „Neue Rechte“. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik*, 268 S., Beck, München 1983, S. 66–116.
- Saalfeld, Thomas: *The Impact of the World Economic Crises and Political Reaction*, in: Berg-Schlosser, Dirk/Mitchell, Jeremy (Hrsg.): *Authoritarianism and Democracy in Europe, 1919–39. Comparative Analyses*, 354 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2002, S. 208–232.
- Salzborn, Samuel: *Rechtsextremismus*, 175 S., Nomos, Baden-Baden 2015.
- Schellenberg, Britta: *Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen*, 331 S., Springer VS, Wiesbaden 2014.
- Schuppert, Gunnar Folke: *Politische Kultur*, 794 S., Nomos, Baden-Baden 2008.
- Staud, Toralf/Radtke, Johannes: *Neue Nazis. Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts*, 272 S., Kiepenheuer & Witsch, Köln 2012.
- Streeck, Wolfgang: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, 271 S., Suhrkamp, Berlin 2013.
- Ther, Philipp: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europas*, 432 S., Suhrkamp, Berlin 2014.
- Zick, Andreas/Klein, Anna (Hrsg.): *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*, 175 S., Dietz Nachf., Bonn 2014.
- Ders./Küpper, Beate (Hrsg.): *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, 220 S., Dietz Nachf., Bonn 2015.